

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

18. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

ArmutsA

4. Sitzung

22.07.14

Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung

4. Sitzung

am 22. Juli 2014

im Haus der Bürgerschaft

Raum 2

Anwesend: Abg. Frau Böschen (SPD)

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Kastendiek (CDU)

Abg. Möhle (SPD), stellv. Vorsitzender

Abg. Röwekamp (CDU)

Abg. Vogelsang (SPD)

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)

Abg. Dr. vom Bruch (CDU), Vorsitzender

Abg. Weigelt (SPD)

Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)

weiter sind anwesend:

Abg. Frau Grönert (CDU)

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Herr Tasan

vom Amt für Soziale Dienst

Herr Dr. Fantini

von der Universität Bremen

Herr Dr. Luft	von der Universität Bremen
Herr Schwarzer	von der Arbeitnehmerkammer Bremen
Herr Bagarkasi	vom Bremer Rat für Integration
Herr Kamcili	vom Bremer Rat für Integration
Frau Kreuzer	von der Senatskanzlei
Herr Dr. Bronke	von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Frau Müller	Mitarbeiterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Simon	Mitarbeiter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Schwarzer	von der Arbeitnehmerkammer
Frau Dase	vom Netzwerk IQ - Integration durch Qualifizierung
Frau Wischkina	vom netzwerk IQ - Integration durch Qualifizierung
Herr Ording	von in BEGo, Menschenrecht auf Wohnen
Herr Weiß	von der Bürgerschaftskanzlei als Assistent des Ausschusses

Beratungsgegenstände

1. Feststellung und Genehmigung der Tagesordnung und des Protokolls
2. Migration und Armut in Bremen und Bremerhaven
3. Verschiedenes

Abg. Dr. vom Bruch eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Abg. Dr. vom Bruch: Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen zu unserer vierten Sitzung, die wir heute hier durchführen! Wir haben die letzten beiden Sitzungen nach der konstituierenden Sitzung ja genutzt, um uns themenbezogen mit speziellen Fragen zu befassen, mit dem Armutsphänomen im Allgemeinen, beim letzten Mal mit dem Schwerpunktphänomen Kinderarmut, und wir haben uns für heute in unserer inhaltlichen Planung vorgenommen, uns mit dem Themenkomplex Migration zu befassen.

Wir wissen, dass dieses Thema ebenfalls ein sehr breites Thema ist, zu dem viele Facetten gesagt werden können, und wahrscheinlich auch am Ende gesagt werden müssen. Um das ein wenig vorzubereiten, auch für unsere zukünftige Diskussion, haben wir uns auch für heute vorgenommen, Referenten einzuladen, die ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüße! Ich freue mich, dass Sie anwesend sind, und danke Ihnen schon einmal im Voraus dafür, dass Sie Zeit und Mühe dafür investieren, um uns heute aus Ihrer Sicht die Dinge im Allgemeinen, aber auch in Bezug auf Bremen nahezubringen.

Ich darf ganz formal fragen, ob Sie mit der Tagesordnung, so wie sie Ihnen hoffentlich zugegangen ist, einverstanden sind. Ich sehe keinen Widerspruch! Ich darf darauf hinweisen, dass Ihnen das Protokoll vom 4. Juni 2014 vorliegt. Noch nicht vorliegen dürfte Ihnen das Protokoll vom 1. Juli 2014, insofern darf ich auf der einen Seite fragen, ob Sie mit dem Ihnen zugegangenen Protokoll, das ja sehr ausführlich ist, worauf wir uns auch beabsichtigt verständigt haben, einverstanden sind, oder ob es dazu Wortmeldungen gibt.

Abg. Frau Vogt: Ich habe nur eine Wortmeldung und möchte mich auch noch einmal für das Protokoll bedanken, das wirklich sehr gut ist und vor allen Dingen auch die Ausführungen der Referenten deutlich wiedergibt. Ich habe ein Problem, und es kann sein, dass ich mich da auch falsch oder missverständlich ausgedrückt habe. Auf Seite 30 hatte ich gefragt nach der Problematik der Einpendler bezüglich der Situation in Bremerhaven, und das sieht jetzt hier im Protokoll so aus, als ob es so sei, dass Bremerhavenerinnen und Bremerhavener eher im regionalen Umland qualifizierte Berufe bekommen, was auch stimmt, aber mir ging es um die Problematik, dass viele qualifizierte Arbeitsplätze in Bremerhaven an Menschen aus der Region gehen, die nicht in Bremerhaven selbst leben.

Vielleicht kann man das noch verdeutlichen, weil das ja tatsächlich immer das Problem ist, das auch von den Kammern in Bremerhaven unheimlich stark hervorgehoben wird.

Abg. Dr. vom Bruch: Da dieser Punkt ja, glaube ich, inhaltlich völlig unstrittig ist, würde ich Sie bitten, dass Sie vielleicht uns eine kleine Notiz - ein, zwei Sätze klarstellender Art - per E-Mail zukommen lassen, und wir nehmen sie aktuell zum Protokoll, ist dieser Vorschlag in Ordnung?

Abg. Frau Vogt: Ja!

Abg. Dr. vom Bruch: Dann stellen wir das klarstellend noch entsprechend zusammen beziehungsweise ergänzen das! Darf ich dann damit aber feststellen, mit einem Blick in die Runde, ob das Protokoll so in Ordnung ist?

Das Protokoll ist mit dieser Ergänzung dann auch so genehmigt. Das Protokoll der Sitzung vom 1. Juli 2014 geht Ihnen hoffentlich möglichst bald zu, denn ich will das nun auch gar nicht vertiefen, wir müssen da vielleicht an geeigneter Stelle noch einmal darüber sprechen. Es hängt ein wenig damit zusammen, dass es nach wie vor - und das kann ich an dieser Stelle auch ruhig sagen -, nicht gelungen ist, die Frage der Unterstützung des Ausschusses durch Personal zu klären.

Ich sage dies nun einfach einmal so allgemein, möchte das aber auch durchaus mit einem kritischen Unterton versehen wissen! Es spielt sicherlich eine Rolle, dass inzwischen ein weiterer Ausschuss durch die Bürgerschaft eingesetzt worden ist, der Untersuchungsausschuss zur GeNo, der letztlich auch aufgrund bestimmter rechtlicher Gegebenheiten sich „dazwischen gedrängelt“ hat; dennoch ist diese Situation, und das sage ich ganz deutlich, unbefriedigend, und das bedeutet nicht nur eine zusätzliche Belastung, die auf Dauer so nicht zu akzeptieren ist für dieses Haus, sondern es ist natürlich auch eine Frage, inwieweit mit einem entsprechendem, zumutbaren zeitlichen Nachlauf die entsprechende Nachbereitung, zum Beispiel im Protokoll, zur Verfügung steht, oder auch was Veröffentlichungen im Internet und solche Dinge anbelangt, das ist nach wie vor nicht abschließend und befriedigend gelöst.

Ich hatte die Hoffnung, Ihnen diesbezüglich auch heute einen möglicherweise veränderten Sachstand mitteilen zu können. Ob es den gibt, weiß ich nicht, aber positiv kann ich noch

nicht sagen, dass sich die Situation zum Positiven gewendet hat, und deshalb werden wir da auch im kleineren Kreis noch darüber zu reden haben, weil ich ganz deutlich sagen möchte, dass ich diese Situation, wie sie jetzt ist, sowohl für den Ausschuss aber auch für die Mitarbeiter dieses Hauses, auf Dauer für untragbar halte. Ich äußere hier auch meine Hoffnung, um nicht zu sagen, meine Erwartung, dass diese Situation ausgangs der Sommerpause, wenn wir auch in eine Beratungsphase einmünden - wie wir dann weiter vorgehen, werden wir ja noch im Einzelnen zu besprechen haben -, aber das wird sich sicherlich nur effektiv machen lassen, wenn dann auch eine entsprechende Unterstützung des Ausschusses und dieses Hauses zur Verfügung steht, und nicht nur in einem Briefwechsel, einer Vorlage oder wie auch immer als Möglichkeit angekündigt wird, dann an irgendeiner Stelle diskutiert wird, sondern wenn dann hier auch physisch eine entsprechende Unterstützung zur Verfügung steht.

Ich möchte das hier jetzt nicht weiter ausführen, möchte aber durchaus sagen, auch nachrichtlich Ihnen zukommen zu lassen, dass die Tatsache, dass das noch nicht geschehen ist, nicht dem Umstand geschuldet ist, dass sich darum hier im Hause oder seitens des Ausschusses niemand gekümmert hätte, sondern dass es ganz offenkundig Schwierigkeiten gibt, eine entsprechende personelle Unterstützung seitens der Exekutive darzustellen. Mehr möchte ich auch an dieser Stelle auch nicht sagen, aber wir müssen uns tatsächlich auch darum kümmern, dass mit allen Kräften jeder an seinem Platz, jeder mit seinen Verbindungen, dies dann auch zeitgerecht mindestens ausgangs der Sommerpause eben anders aussieht.

Mit diesen Vorbemerkungen und der Einleitung möchte ich es nun auch bei diesem Punkt belassen, und würde dann auch gern unverzüglich, wenn es keine Wortmeldungen dazu gibt, mich in medias res begeben und mich gern mit dem heutigen Thema befassen, und zwar unter dem Stichwort Migration und Armut. Dann würde ich gern dem Referenten das Wort erteilen - in der nun schon bewährten Art und Weise -, wir hatten das auch in den vergangenen Sitzungen sozusagen schon ein wenig geübt, trotzdem haben sich auch immer anregende und ausführliche Diskussionen ergeben. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir heute zwischen 16.30 Uhr, plus oder minus eine Viertelstunde, möglicherweise dann auch hier eine Zäsur machen könnten, schlage aber ansonsten vor, dass wir das Verfahren, das wir in der Vergangenheit hier geübt haben, beibehalten, das heißt, ich würde den Referenten gern eine Viertelstunde für einen einführenden Vortrag zu ihrem Thema gewähren und

anschließend eine Diskussion stattfinden lassen, mit dem Schwerpunkt sachlicher Nachfragen.

Wenn das so auf keinen Widerspruch stößt, dann verfahren wir so, und ich schlage vor, dass wir folgende Reihenfolge - wenn die Referenten sich damit einverstanden erklären, ich glaube aber auch, dass das vorbesprochen ist -, einrichten würden: Ich darf begrüßen Herrn Dr. Fantini von der Universität Bremen, der möglicherweise den Anfang macht, dann Herrn Dr. Stefan Luft, ebenfalls von der Universität Bremen, den ich hiermit herzlich begrüße, und dann in folgender Reihenfolge Herrn Taşan vom Quartiersmanagement Schweizer Viertel um sein Wort bitten würde, und abschließend Herrn Bagarkasi vom Bremer Rat für Integration. Ich sehe, das ist in Ihrem Sinne.

Herr Dr. Fantini: Vielen Dank für die Einladung! In diesem Quartett muss ich sagen, dass mit den Kollegen, die Sie auch eingeladen haben, ich bestimmte Punkte gar nicht vertiefen möchte, auch weil ich weiß, dass Fachleute das machen werden, Ich denke auch, der Kollege von der Universität wird einiges genau da vertiefen, wo ich etwas an der Oberfläche bleibe, und dann Sachen nachliefern, die dann dazu gut passen. Daher auch ein Kompliment für dieses Quartett. Ich bin aus dem Fachbereich Erziehungs- und Bildungswissenschaften an der Bremer Universität, und dort seit sieben Jahren in dem Arbeitsbereich Interkulturelle Bildung tätig, und ich bin wahrscheinlich deswegen angefragt worden, zu dem Thema etwas zu erzählen und werde schon auch ein wenig erziehungswissenschaftlich reüssieren, wie Sie vielleicht merken werden.

Trotzdem gehe ich erst einmal auf den Armutsbericht 2013 ein, aber mit dem Fokus Migration, ich denke, die Zahlen werden Sie wahrscheinlich auch fast alle kennen, aber vielleicht noch die Dienstleistung fokussiert für den Bereich Menschen mit Migrationshintergrund vorgelegt, hoffe ich, ist Ihnen trotzdem etwas wert. Was steht darin, und was ist eigentlich die dramatischste Aussage in diesem Armutsbericht? Sie wissen, dass er Armuts- und Reichtumsbericht heißt, aber hier geht ja um Armut. In der Gruppe der unter 16-Jährigen besteht die Gruppe der fortgesetzt von Armut bedrohten Menschen zu circa 48 Prozent aus Kindern mit Migrationshintergrund. Das ist die dramatische Antwort auf die in der ersten Folie klein gedruckte Frage eines Zusammenhangs.

Für Bremen sieht das nicht anders aus, und daher ist auch klar, da gibt es dringenden spezifischen Handlungsbedarf, und ich versuche am Ende darauf zu kommen. Das Armutsrisiko ist in Familien mit Migrationshintergrund dreifach erhöht, auch das stellt der Armutsbericht mit differenzierten Zahlen dar, das können Sie gern nachlesen, aber das ist eine eindeutige Aussage, und die Reproduktion von Armut, also das fortgesetzt von Armut bedroht sein ist insbesondere bei Menschen mit niedriger beruflicher Qualifikation ein Problem, und circa 28 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland haben sogar keine anerkannte berufliche Qualifikation. Auch da der Hinweis, dieser Zusammenhang ist überdeutlich und auch aus dem Armutsbericht sehr deutlich herauszulesen, auch wenn der gar keinen Schwerpunkt hatte, so wie Sie ihn heute setzen.

Das bedeutet für Bremen, dazu habe ich mir einmal die soziale Indikatorenliste der Senatorin für Bildung und Wissenschaft angeschaut, die das auf Stadtteile und Schulen herunterbricht, wo sich die Armut oder die soziale Benachteiligung ballen. Da sieht man, dass es in einer Stadt wie Bremen arme Stadtteile gibt, mit einer sozialen Benachteiligungslage und in diesen Stadtteilen auch arme Schulen. Was das genau heißt, darauf komme ich mit einem sehr konkreten Beispiel später noch. Also die Ortsteile mit dem höchsten sozioökonomischen Benachteiligungsindex sind auch die Ortsteile mit den höchsten Anteilen an Menschen mit Migrationshintergrund, das ist auch nichts Neues, aber für den heutigen Schwerpunkt doch entscheidend.

Die dortigen Schulen befinden sich in der Regel - zu der Klammer sage ich gleich auch noch etwas - auch am Ende der schulscharfen Indikatorenliste, also die Senatorin für Bildung hat solch eine Liste, wo genau ausgerechnet ist, wie sich die Schüler- und Schülerrinnenschaft pro Schule zusammensetzt, und wie sie dann Eingang finden würde in die Sozialindikatorenliste. Es ist ganz eindeutig, dass diese Schulen in den Stadtteilen Tenover und Gröpelingen liegen, und dann an dritter Stelle kommen Schulen in Huchting dazu, da ist es sogar egal, ob es Grund- oder Oberschulen sind, sogenannte Blaue-Karte-Schulen, und wenn sie in den Schulen mit der Verwaltung oder wem auch immer sprechen, dann bekommen sie eben auch die Mitteilung, wie hoch der jeweilige Prozentsatz von Menschen ist, die mit Blauer Karte an der Schule teilnehmen.

In der Regel finde ich es als Bildungswissenschaftler spannend, dass es eine große Ausnahme gibt. Die Gesamtschule Ost ist sicherlich auch einigen ein Begriff, sie hat es durch

ihre Spezialprogramme wirklich geschafft - und vielleicht auch wegen der Lage, die dann nach Oberneuland hinübergeht -, eben nicht in dieser schulscharfen Indikatorenliste unter den letzten Fünf zu liegen, sondern eine deutlich bessere Platzierung einzunehmen. Das bedeutet, ohne Intervention in diesen Schulen und Stadtteilen werden niedrige Schulabschlussniveaus potenziert reproduziert werden, das ist ein Selbstläufer, also sozusagen die Vererbung von geringem Bildungskapital findet in diesen Stadtteilen statt, wenn man eben nicht aktiv wird, deshalb freue ich mich sehr, dass Sie hier darüber nachdenken, was für Aktivitäten das sein könnten.

Was zeigt das für Konsequenzen? Jetzt merken vielleicht sogar die Erziehungswissenschaftler, wenn man so will, weil da ein paar analytische und vielleicht auch normative Momente darin sind; die Aussage ist mir sehr wichtig, dass in Bremen, und da auch wieder in der Regel das fortgesetzt von Armut bedroht sein nicht bedeutet, dass man ständig Hunger und Durst hat, sondern eben, dass man danach hungert, aus der Deklassierung herauszukommen, und dieser Hunger auch gesundheitliche und psychische, psychosomatische Folgen zeitigt, also ein massives Problem darstellt, auch wenn genug zu essen da ist. Dieses Ende der Deklassierung in der Gesellschaft, die auf Leistung, Zertifikate, materiellen Wohlstand und Statussymbole ausgerichtet ist, ist eine massive Form des Leidens, die wirklich behoben werden muss.

Ich gehe immer auf diese Gruppe, die fortgesetzt von Armut bedroht ist, besonders ein, das macht auch der Armutsbericht ganz gezielt, weil das, denke ich einmal, die erste Zielgruppe auch für politisches Agieren sein muss, und weil natürlich auch Menschen einmal kurzfristig in Armut geraten und dann wieder herauskommen und so weiter, und so zu diesen Zahlen auch beitragen, aber diese Gruppe, wo Armut vererbt wird über mehrere Generationen, ist eben genau eine Gruppe, die sehr stark in der Bevölkerungsgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund vertreten ist. Vielleicht auch dazu die Randbemerkung, natürlich sind das nicht alle, sondern es gibt sehr wohlhabende Menschen mit Migrationshintergrund, es gibt sehr bildungsbegüterte Menschen mit Migrationshintergrund, also bildungsbegütert in Form von Zertifikaten, und es gibt auch Menschen, die hochgebildet sind, aber keine Zertifikate und wenig Geld haben, das ist eine philosophische Frage, die ich jetzt nicht weiter erläutere.

Das ist die Konsequenz von Armut, und aus diesem Hungern nach dem Ende der Deklassierung folgt eben beständige Frustration, die auch in Lethargie und in der Suche nach Kompensation münden kann, also wie komme ich an etwas, das mir aus der Armut hinaushilft, und da gibt es eben auch Menschen, die nicht sozial akzeptiert oder auch illegal sind. Folgender Hinweis ist mir neu und ist mir sehr wichtig, es gibt eine Verschärfung dieses Szenarios der Bedrohung, vor allem bei Flüchtlingsfamilien, Geduldeten und Papierlosen, also Gruppen, deren Status auch noch einmal nachdrücklich dazu beiträgt, dass die Situation des fortgesetzt von Armut bedroht sein vorhanden ist. Ich kenne aus persönlicher Erfahrung durchaus Menschen, die zu diesen Gruppen gehören und die wirklich über eine Woche nur Kartoffeln, oder nur Brot und Wasser oder was auch immer zu sich nehmen, um irgendwelche extremen Notlagen zu überbrücken. Das sollte uns eigentlich durchaus auch bewusst sein, ich habe lange mit Stipendien für Studierende aus allen Ecken der Welt gearbeitet und dort wirklich junge Leute festgestellt, die aufgrund ihres Status eben auch nicht arbeiten durften oder nur sehr benachteiligt einen Zugang zur Arbeit hatten, und die dann eben sich wirklich eine Woche lang massiv fehlernährt haben, weil sie eigentlich nicht genug Geld hatten.

Was sind für die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund spezifische Reproduktionsfaktoren von Armut? Dazu beziehe ich mich vor allem auf das relativ neue Buch von Carolin Butterwege und fasse zusammen: Die Statusfragen habe ich eben schon erwähnt, das wird auch im Armutsbericht sehr deutlich, aber die Gruppen mit bestimmten Aufenthaltstiteln - wie eben erwähnt, Flüchtlinge, Geduldete und Ähnliche -, haben einen höheren Anteil auch an der Gruppe derer, die eben in den Armutsbereich gehören, oder die mit einem hohen Armutsrisiko unterwegs sind. Genauso auch Nicht-EU-Angehörige, Zugewanderte, weil sie einen anderen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, beispielsweise eben die internationalen Studierenden, aber es gibt natürlich noch viel größere andere Gruppen, die durch ihren Status, beziehungsweise dadurch, wie die Rechtsprechung mit diesem Status umgeht, eben verminderte Chancen haben, dort hinaus zu kommen.

Das Dramatischste - deswegen entschuldigen Sie vielleicht auch dem Erziehungswissenschaftler die zwei Ausrufezeichen- finde ich, dass Kinderreichtum ein Armutsrisiko ist, und da ist es so, wie wir, denke ich einmal, wissen, dass die Gruppe derer, die Familien mit drei oder mehr Kindern hat, eben in erster Linie Familien mit Migrationshintergrund sind, es besteht also auch deswegen ein spezifischer Reproduktionsfaktor. Wenn ich an der

Universität Vorlesungen zu dem Thema Zuwanderung halte, gerade im großen Vorlesungssälen, dann fordere ich manchmal die Studierenden auf, zur Hälfte aus dem Raum hinauszugehen, damit sie ein Gefühl dafür haben, wie viele von Ihnen arbeitslos wären, wenn es keine Zuwanderung und eben die kinderreichen Familien gäbe. Daher finde ich es sehr bemerkenswert und dramatisch, dass es eben in allen Statistiken eindeutig belegt ist, dass Kinderreichtum ein hohes Armutsrisiko darstellt und diese Gruppe besonders trifft.

Es gibt einen segmentierten Arbeitsmarkt mit ethnischen Trennlinien, eine Unterschichtung des Arbeitsmarkts nach ethnischen Linien statt einer Aufwärtsmobilität, das ist das massivere Faktum auf dem Arbeitsmarkt, und eben gerade die Gruppen, die einen vermindert freien Zugang zum Arbeitsmarkt oder eben nicht ausreichend in Deutschland akzeptierte Zertifikate haben, sind in diesen unterschichtenden Arbeitsmarkt abgedrängt und sorgen dafür, dass unter anderem auch die Tariflöhne nicht eingehalten werden und sich auch ein grauer Arbeitsmarkt bildet, der überhaupt nicht förderlich ist und der eben auch nicht dazu beiträgt, dass man aus der Armut herauskommt.

Zusätzlich gibt es sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch auf dem Ausbildungsmarkt nachweisbare Diskriminierungseffekte, die scheinbar besonders die Gruppen der muslimischen Einwanderinnen und Einwanderer treffen, denn viele von ihnen im freien Arbeitsmarkt als Arbeitgeber oder Ausbildungsgeber assoziieren mit den Namen, denen man keinen Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz anbietet, das könnte einer von denen sein, sage ich einmal ganz abgekürzt. Da gibt es massive Diskriminierungseffekte, anders sind bestimmte Phänomene nicht zu erklären, und sie betreffen in der aktuellen Entwicklung vor allem auch die Gruppe der Sinti und Roma.

Es gibt nachweisbar in der Ausbildungsplatzsuche harte Diskriminierungseffekte, die genau das zur Folge haben, was ich eben erklärt habe. Die Kollegin an der Universität hat gerade eine größere Untersuchung abgeschlossen, mit der sie festgestellt hat: Es bleibt immer ein 10 Prozent-Abstand bei dem Zugang zum Ausbildungsmarkt zwischen Schulabsolventen und - Absolventinnen ohne und mit Migrationshintergrund. Obwohl die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zum Teil deutlich bessere Hauptschul- oder Realschulabschlüsse erlangen, werden sie stabil über mehrere Jahre hinweg immer

zu zehn Prozent weniger in der Ausbildungsmarkt aufgenommen, und das ist ein massives und auch armutsförderndes Diskriminierungsverhältnis, wo man dringend etwas tun sollte.

Ein sehr wichtiger Punkt, der vielleicht auch noch in anderen Beiträgen gleich erwähnt werden wird, ist das Problem mit den Informationsdefiziten, also eine zielgruppengerechte Information fehlt auch bei den Paketen der Maßnahmen, die eigentlich dafür gedacht sind, Menschen aus der Armut heraus zu helfen, da bringt der Armutsbericht es sehr schön, oder eher sehr bedauerlicherweise, auf den Punkt, dass 57 Prozent der Familien mit Migrationshintergrund eigentlich keine Informationen über die Details des Bildungs- und Teilhabepaktes haben, und dadurch auch weniger Teilhabe an der Bildung haben. Deswegen potenziert sich eben die Bildungsarmut in dieser spezifischen Gruppe, das ist ausreichend erklärt, und hinzu kommt eben, dass die benachteiligten Sozialräume - so nennt das Butterwegge, was ich eben als arme Stadtteile beschrieben habe - weiterhin dazu beitragen, dass dort die Reproduktionsfaktoren von Armut potenziert sind.

Was könnte man tun? Vorsichtige Vorschläge von mir auf der strukturellen Ebene: Der Familienlastenausgleich, statusunabhängig, also dieses Unding, dass jemand mit drei oder mehr Kindern fast automatisch zur armutsriskanten Gruppe gehört, oder auch langfristig sich dort aufhält, wäre dringend strukturell auszugleichen. Christoph Butterwegge nennt dies Im Jahr 2014 so, wenn man wirklich aus der Armut hinauswill, braucht man eigentlich eine armutsfeste, bedarfsgerechtere repressionsfreie Grundsicherung, das ist ein großes Thema, und spezifisch für diese Zielgruppe, müsste eigentlich ein Wandel vom Ausländerrecht hin zu einem Integrationsrecht passieren, der eben nicht diese Statusungerechtigkeiten beim Zugang zu etwas mehr Wohlstand aufbaut.

Zudem, und das habe ich ja auch schon angeschnitten, ist eine Antidiskriminierungspolitik dringend notwendig, vor allem in den Bereichen Beschäftigung und Ausbildung. Ich denke, in dem Bereich Ausbildung ist es auch wirklich umsetzbar, dass man diesen irrationalen 10 Prozent-Abstand aufhebt, und wo man wirklich auch sagen muss, jeder gewonnene Ausbildungsplatz für jemanden, der sonst diskriminierend ausgeschlossen wurde, ist eben auch ein gewonnener junger Mann oder eine gewonnene junge Frau, die nicht nach unerwünschten Kompensationswegen für die Deklassierung suchen wird.

Handlungsebene zwei sektoral, auf meinen Bereich bezogen, also auf die Bildung: Oberschulen sind natürlich auf einem guten Weg, der Ausbau von Ganztagschulen ist drin-

gend notwendig, um diese Reproduktionsfaktoren zu mildern, auch wegen anderer Punkte, wo Ganztagschulen eben die Reproduktion von Armut dadurch auffangen würden, dass eben mehr Zeit im Umfeld mit Bildungsinstitutionsorientierung stattfindet.

Sehr wichtig finde ich auch, wenn der Schulfrieden zum Thema Oberschulreform abgelaufen ist, muss man sich das Thema noch einmal anschauen, aber muss eigentlich in Deutschland als eines der wenigen Länder auf der Welt wirklich auch nach der vierten Klasse selektiert werden, warum kommt man nicht wirklich dazu, wie in den erfolgreichen Bildungssystemen, von erster bis achter Klasse durchgehend zu beschulen?

Investitionen in arme Schulen, Der Aspekt ist jetzt sehr spezifisch, vor allem bezüglich Materialausstattung und einer meiner Schwerpunktthemen die Elternkooperation, dazu ganz kurz ein Beispiel: Die Grundschule Pfälzer Weg befindet sich auf dem letzten Platz in der schulscharfen Indikatorenliste, aber sie gewann den Deutschen Schulpreis, wie Sie vielleicht wissen, ist also eine der besten Schulen Deutschlands. Sie hat ein hervorragendes Konzept zur niedrigschwelligen Zusammenarbeit mit Eltern, und ich denke, das ist genau die Stelle, wo man wirklich ganzheitlich dann auch Kinder an Bildung mit der Familie heranbringen kann.

Ein hervorragendes Konzept, dazu möchte ich jetzt nicht viel sagen, aber dieses Konzept kostet pro Klasse, die damit arbeitet, pro Jahr 2 000 Euro. Ich war dort mit Studierenden, die begeistert waren von den Kindern, die in den Projekten arbeiten und davon erzählten, und dann fragten die Studierenden die Schulleiterin, ob sie das in allen Klassen habe, und sie sagte, dass es das leider nur in zwei Klassen gebe, weil die Schule nicht mehr Geld zur Verfügung habe, und das Betteln um Sponsoren – „da habe ich irgendwann aufgegeben, als mir eine Einrichtung aus Tenever, die ich jetzt nicht benennen möchte, sagte: Wissen Sie was, wenn ich Sponsorengelder verteile, dann mache ich es dort, wo es mir auch etwas bringt, und nicht hier vor Ort in Tenever“. Dieses Superprojekt könnte viel besser laufen, wenn die Ausstattung besser wäre.

Ebenso eindeutig hilfreich ist, denke ich, ein Projekt von „Mehr Migranten oder Migrantinnen werden Lehrer oder Lehrerinnen“, denn die Vorbilder, die zeigen, dass ein Bildungsaufstieg möglich ist, haben eine extrem große Wirkung in Schulen.

Zudem noch einmal der Punkt auf die Informationen, da brauchen wir eine zielgruppengerechte Informationspraxis für Bildungs-, Ausbildungs- und Berufsorientierung. Es hilft nicht, irgendwo Informationen vorzuhalten, wenn sie nicht bei der Zielgruppe ankommen, da ist wirklich Know-how gefragt, auch in der Behörde für soziale Grundsicherung. Wenn man Ansprüche hätte auf Leistungen, um aus der Armut heraus zu kommen, aber keinen Zugang zu den Informationen darüber hat, kommt man eben nicht heraus. Ausbildungsplatzanbieter bräuchten Anreize, um eben kontradiskriminierend zu agieren.

Der letzte Punkt - ich habe schon angedeutet, dass dieser hier besonders wichtig ist -, die zentrale Bedeutung von Investitionen in zielgruppengerechte Zusammenarbeit mit Eltern, sowohl in der frühkindlichen Bildung, auch um noch mehr Kinder in frühkindliche Bildungsinstitutionen zu holen, aber auch durchgängig bis zum Hochschulzugang. Wir müssen die Eltern erreichen, zusammen mit ihren Kindern und den Institutionen, um aus diesem Teufelskreis auszubrechen, und sowohl an Schulen und in Leitungen als auch die Eltern sollten nicht auf Betteln angewiesen sein. – Danke schön!

Abg. Dr. vom Bruch: Herzlichen Dank, Herr Dr. Fantini! Wir haben es bisher immer so gehalten, dass wir im Anschluss eine eher auf sachliche Nachfragen konzentrierte Runde durchgeführt haben, ich hatte das eingangs erwähnt.

Abg. Frau Vogt: Ich habe ein paar Fragen, vor allen Dingen zu den Themen Bildung und Ausbildung. Sie haben an zwei oder drei Stellen betont, dass es nötig ist, in Schulen, in gefährdete Stadtteile mehr zu investieren. Das ist eine Forderung, die wir in Teilbereichen vor drei Wochen auch so besprochen hatten. Es gab Beispiele aus anderen Städten, aus Dresden, dass dort unter anderem in sozial benachteiligten Stadtteilen oder Ortsteilen Kitas eingerichtet werden, weil es auch so zu einer besseren Mischung in den Einrichtungen kommt, von der alle profitieren. Das ist auch eigentlich eine Forderung, die wir seit Langem erheben, aber mir ist aufgefallen, Sie haben als Beispiel die GSO gebracht, die aus den Negativrängen der Sozialindikatoren herausfällt, und an dem Beispiel wird aber auch endlich deutlich, dass es noch andere Faktoren gibt, außer den Investitionen, die aus Sicht der LINKEN viel zu gering sind in den Stadtteilen.

Ich möchte das einmal deutlich machen: Wir hatten bis zu der Schulreform einen Schulbezirk West, Walle-Gröpelingen-Findorff, und auf Drängen der Findorffer Schulleitungen ist

dieser Schulbezirk geteilt worden. Die GSW, die früher auch in dem Ranking der Sozialindikatoren weit über den Schulen in Walle und Gröpelingen stand, weil sie eben auch viele Schüler und Schülerinnen aus Finndorff hatte, was auch zu erheblich höheren Übergängen in die Oberstufe geführt hat für alle, hatte dann nachher nur die Zuweisungen. In dieser Diskussion ist mir noch einmal aufgefallen, dass das nicht nur eine reine Frage der Ressourcen war, denn zu diesem Zeitpunkt war die GSW noch nach dem alten Gesamtschulprinzip noch sehr gut aufgestellt, sondern einfach auch ein bisschen der Tatsache geschuldet, dass sich da ein eher bildungsbürgerlicherer Stadtteil versucht hat, sich vor anderen Stadtteilen zu schützen, denn er wollte natürlich gern die Kinder, die an die GSW geben, das ist auch heute noch so, das fordern die Eltern, aber sie wollten ihre eigenen Schulen irgendwie schützen. Das wurde auch gar nicht verheimlicht, sondern auch offen so gesagt in dieser Diskussion.

Wenn man diese Forderungen jedoch umsetzen will, dann denke ich nach wie vor, dass es nötig ist, einmal wesentlich mehr in diese Schulen zu investieren, denn ich glaube, das ist der einzige Grund - das hat man an dem Beispiel GSW noch einmal ganz deutlich gemerkt - dass Kinder aus bildungsnäheren Familien, wie es immer so schön heißt, also eigentlich eher wohlhabenderen Familien, auch gezielt in diese Stadtteile holt. War der Weg andersherum, was man an diesem Beispiel sieht, wird oft verbaut. Ich habe dazu aber eine Frage: Gibt es Möglichkeiten anhand dieses Beispiels Pfälzer Weg - die Schule kenne ich eigentlich auch ganz gut -, noch einmal näher zu beziffern, was diese Schulen eigentlich brauchen würden? Wir hatten in der letzten Ausschusssitzung einen Schulleiter aus Gröpelingen, der gesagt hat, Unterrichtsermächtigungen für die Lehrerinnen und Lehrer, weil diese auch eine ganz große erzieherische und soziale Funktion haben, und dies sollte auch in das Stundentableau einbezogen werden, hätten Sie dazu noch Ideen?

Die nächste Frage schließt sich auch an den Bildungsbereich an, die Sprachförderung! Sie haben gesagt, dass es richtig ist, dass man mehr Migrantinnen und Migranten für die Lehrerausbildung generiert, das sehe ich auch so, aber wie sehen Sie das im Hinblick auf die Mehrsprachigkeit? Es gibt Schulen, in denen 10 bis 15 verschiedene Sprachen gesprochen werden, aber eben zwei bis drei Hauptsprachen dominieren, manchmal Türkisch, manchmal Russisch, manchmal arabische Sprachen, denn Frau Professor Dr. Karakasoglu hat einmal ziemlich eindeutig gesagt, man sollte da auch Mehrsprachigkeit fördern und gezielt auch mit anderen Sprachen sprechen. Es gab einmal diese entscheidende Frage,

warum es an Schulen mit 80 Prozent türkischen Schülern keine türkischen Hinweisschilder gebe.

Die letzte Frage, Ausbildungsmarkt! Es ist eigentlich eher eine Frage, wie Sie das bewerten. Wenn man sich den Armutsbericht Bremen aus dem Jahr 2009 anschaut, war es da sehr auffällig, dass junge Frauen aus sozial und ökonomisch benachteiligten Stadtteilen die besseren Schulerfolge haben, aber schlechter in Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse gelangen, insbesondere die Migrantinnen. Das heißt, sie erreichen höherwertige Schulabschlüsse als teilweise die männlichen Jugendlichen, aber schaffen nicht so richtig den Übergang in das Erwerbsleben. Natürlich ist das auch eine Frage der Diskriminierung, aber wenn man sich eines anguckt, wenn man in die Berufsschulen geht, zum Beispiel in die Klassen für die medizinisch-technischen Assistenten, dann sieht man dort sehr viele Migrantinnen, wenn man dann aber in die Grenzstraße geht, bei den Bank- oder Versicherungskauffrauen und -männern, ist es umgekehrt, also da finden Sie teilweise überhaupt gar keine Menschen mit Migrationshintergrund.

Gut, die Frage wäre also: Der Übergang von Schule zu Beruf, gibt es da spezifische Möglichkeiten?

Herr Dr. Fantini: Zum Pfälzer Weg, da laden Sie natürlich am besten die Schulleitung des Pfälzer Wegs ein, was sicher gut wäre. Da besteht natürlich extrem viel Erfahrung. Da, denke ich, wird sich das bestätigen im Groben, oder vielleicht wird man auch in Zahlen belegen können, was ich nur allgemein sagen kann: Zum einen braucht es eine finanzielle Ausstattung, um zum Beispiel solch ein tolles, Erfolg versprechendes Konzept mit den Eltern auch bezahlen zu können. Die haben schon das Konzept entwickelt und brauchen dafür einfach nur diese 2 000 Euro pro Klasse, und davon hätte sie gern mehr. Die Studierenden haben überlegt, als sie dort herauskamen, ob sie sammeln, um eine weitere Klasse zu bestücken, weil sie so beeindruckt waren davon und davon auch irgendwie schwer darunter zu leiden hatten, dass sich das eben nicht in jeder Klasse verwirklichen lässt.

Also sicher auch finanzielle Zuwendungen und auch Entlastungen von Lehrpersonal, wenn in Zusammenarbeit mit den Eltern mehr gemacht werden soll. Da muss ich wirklich sagen, alles, was ich zu diesem Thema mitbekomme, belegt eindeutig - es gibt dazu umfangreiche Untersuchungen aus dem süddeutschen Bereich -, wie sehr sich eben Leistungsent-

wicklungen von Schülerinnen und Schülern positiv auswirken, wenn wir niedrigschwellig ansetzen und dann langsam aufbauende Zusammenarbeit mit den Eltern durchführen. Auch dann vielleicht ganz kurz zum Thema Sprache, das habe ich in meinem Vortrag ausgespart, weil ich denke, hierüber ist alles Entscheidende von meiner Kollegin Frau Professor Dr. Yasemin Karakasoglu auch gesagt worden in der Expertise. Eine durchgehende Sprachförderung von Kindertageseinrichtungen bis zum Abitur und, wie wir feststellen, auch weiter an der Universität, ist eine absolut wichtige Investition, um diese Reproduktion von Armut durch Bildungsinstitutionsferne zu bekämpfen.

Bei dem Faktor Diskriminierung bei der Ausbildungsplatzsuche weiß ich nicht, ob der Gender-Faktor auch ein Diskriminierungsfaktor ist. Ich weiß, dass Sie recht haben, dass auch junge Frauen mit gutem Abschluss weniger in Ausbildungen zu finden sind; dazu könnte ich mich aber jetzt nicht fundiert äußern, ob dies auch mit Familienpausen und so weiter zu tun hat, wie diese Zahlen exakt zu analysieren sind, um daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Ein kompetenter Umgang mit Mehrsprachigkeit heißt natürlich auch, dass man Herkunftssprachen auch als Fächer anbieten sollte, was nur eine Schule in Bremen gut umsetzt, auch das ist ein Bestandteil der Expertise der Kollegin.

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther: Vielen Dank erst einmal für diese sehr gute Einführung! Ich habe zwei Fragen. Zur GSO: Wie bewerten Sie da die Rolle der Kooperation mit der Kammerphilharmonie? Ich bekenne - es wissen auch die meisten hier -, dass ich fest an kulturelle Bildung glaube und nehme an, dass das auch ein Grund dafür ist, dass die GSO so herausragend ist und nicht nur die Nähe zu Oberneuland eine Rolle spielt. Mich würde dazu Ihre Einschätzung interessieren. Des Weiteren stimme ich Ihrer Aussage vollständig zu, dass man Migrantinnen fördern muss, den Beruf des Lehrers beziehungsweise der Lehrerin zu ergreifen. Ich bin der Auffassung, dass man an der Stelle auch das Kopftuchverbot abschaffen müsste, und mich würde interessieren, wie Sie dazu stehen, oder wie Sie es fachlich einschätzen, ob das miteinander korreliert. Ich denke, dass es das tut.

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh: Ich habe zwei Fragen! Einmal würde ich gern wissen, ob die Indikatorenliste, die Sie haben, Ihrer Meinung nach die Differenzierung innerhalb der Migrantengruppen anzeigt. Also, der schärfere Blick, der nötig ist, um das Problem zu identifizieren, reicht das aus? Die zweite Frage: Sie haben ganz klar die Antidiskriminierungspolitik in den Mittelpunkt Ihrer Vorschläge gerückt, dafür bin ich auch dankbar, trotz-

dem meine ich, dass wir vieles im Bereich der Fragen von Gleichbehandlung unternehmen. Können Sie dazu einen Vorschlag unterbreiten?

Herr Dr. Fantini: Zur GSO kann ich nur sagen: Ja, ich denke, das ist ein wunderbares Projekt. Da hat es eine Schule eben geschafft, neue Projekte zu entwickeln und diese mit einem guten Partner umzusetzen, ohne dass von vornherein ihnen mehr Geld zur Verfügung gestellt worden ist, sie haben dann im Nachhinein auch die finanziellen Mittel dafür generieren können. Das ist einfach ein großer Erfolg einer großartigen Schule mit sehr guter Leitung und einem außerordentlich guten Team. Ich war dort öfter vor Ort und weiß, wovon ich spreche. Das kann man sich nur wünschen. Es kann allerdings nicht die Schlussfolgerung nach sich ziehen, dass das doch eigentlich jede Schule schaffen müsste und das Ganze dann auch anders aussehen würde. Es sind ganz spezifische Bedingungen, die dort glücklicherweise vorzufinden waren. Die Oberschule Koblenzer Straße zum Beispiel hat nicht dieselben Chancen und auch nicht dasselbe Einzugsgebiet wie die GSO, und da wäre es wirklich zu einfach zu behaupten: Wenn sie in der Schule Koblenzer Straße es auch schaffen, solch ein Projekt aufzubauen, dann sieht es da ähnlich aus.

Zum Aspekt, dass mehr Migranten und Migrantinnen Lehrer und Lehrerinnen werden, wie ich deutlich gesagt habe, sollte ich vielleicht noch speziell mein Projekt „Mehr Männer in die Grundschule“ hinzufügen. Ich denke, gerade in Grundschulen mehr Männer mit Migrationshintergrund einzubringen wäre wirklich auch noch ein Faktor, der extrem große Wirkung haben kann. Die Forschung, die ich in Masterarbeiten und ähnlichem auf den Weg gebracht habe, kommt zu radikalen Schlussfolgerungen bezüglich dessen, was Kinder denken, warum es so wenige Männer in Grundschulen gibt, nämlich Aussagen wie, dass es doch klar sei, um Lehrer oder Lehrerin zu werden, müsse man ganz schön schlau sein, müsse man studieren, und das machten natürlich die Mädchen.

Wenn diese Meinung bereits Drittklässler vertreten, dann können Sie sich vorstellen, wie fatal das ist und wie viel eben positive männliche Beispiele hier bedeuten. Man kann meines Erachtens nur unterschätzen, wie massiv diese Effekte sein könnten, wenn man sich da mehr engagiert. Zum Thema Gender dann die andere Seite: Kopftuchverbot - da kann ich Sie auch nur unterstützen -, letzte Woche hatten wir eine sehr interessante Vortragsveranstaltung an der Universität, wo der Kollege Professor Dr. Norbert Ricken aus bildungstheoretischer, historischer Sicht entwickelt hat, wie anormal der Umgang mit dem

Neutralitätsgebot heutzutage ist, also dass die Benutzung des Neutralitätsgebots im Moment, um kopftuchtragende Frauen auszuschließen, eigentlich nur heißt, dass man die neue Normalität, Muslime - ob mit oder ohne Kopftuch, und Muslima gehören zu unserer Normalität - nicht akzeptieren möchte, und deswegen sozusagen eine exkludierende Neutralität aufbaut, um sie außen vor zu lassen, und selbstverständlich würden diese Frauen in den Schulen auch Vorbilder sein, um dann eben vor allem Schülerinnen, aber auch Schülern mit Migrationshintergrund zu zeigen, von uns können es Personen schaffen, also warum sollte ich es nicht schaffen?

Studentinnen mit Kopftuch in Praktika hören exakt diesen Satz von Schülerinnen und Schülern: „Du bist doch eine von uns, stimmt das echt, dass du studierst?“. Das hat dann nichts mit Religion zu tun, sondern an dem Symbol wird sichtbar, dass genau aus dieser Gruppe es jemand schafft – dass schafft diesen Vorbildeffekt. Zum Thema Differenzierung innerhalb der Migrantengruppen geht der Kollege auch gleich noch einmal genauer ein; ich habe es ja nur indirekt angebracht, indem ich gesagt habe, es gibt bestimmte Gruppen, die besonders stark durch das Raster der Chancen aus dem Armutrisiko herauszukommen, fallen.

Abg. Dr. vom Bruch: Ich möchte eingangs sagen - und das ist eine politische Diskussion, die müssen und können wir jetzt an dieser Stelle nicht führen -, was die Kopftuchfrage angeht, leiste ich mir ausdrücklich eine andere Auffassung, das sage ich an dieser Stelle sehr deutlich, aber ich möchte es jetzt gar nicht vertiefen, weil das sicherlich eine Frage ist, die auch unter uns hier sicherlich nicht einhellig und gleich gesehen wird, und wobei man ja auch gute Gründe haben kann, zu unterschiedlichen Standpunkten zu kommen.

Meine Frage ist eine etwas andere, vielleicht auch etwas ketzerische Frage, die ich in einem anderen Zusammenhang auch schon einmal gestellt habe. Sie haben in zwei, drei Zusammenhängen davon gesprochen, dass Sie sagen, es wären keine Informationen vorhanden, oder dass das Informationsniveau jedenfalls in unterschiedlichen Zusammenhängen nicht ausreichend wäre. Ich habe da irgendwie die Zahl 57, also knapp 60 Prozent, irgendwo abgespeichert, die über schulische Zusammenhänge möglicherweise nicht ausreichende Informationen haben, und Sie haben das im Zusammenhang mit der beruflichen Ausbildung, glaube ich, auch noch einmal erwähnt.

Ich weiß, dass die Behörden und die Schulen in großem Maßstab sich sehr bemühen, gerade auch in diesen entsprechenden Bereichen, die Sie ja auch regional eingegrenzt haben, genau diese Informationen zur Verfügung zu stellen. Das schließt ein bisschen an das an, was wir in der Vergangenheit schon einmal thematisiert haben, nämlich der Frage nachspürend, wie eigentlich die Wirkung von dargebrachter Information ist. Etwas deutlicher gesagt: Dargebrachte und dargebotene Information muss auch nachgefragt werden, und da sehe ich gelegentlich auch ein wenig Defizite in der Anregungssituation, sich auch mit dargebotenen Informationen auseinanderzusetzen. Dazu würde mich Ihre Auffassung interessieren.

Des Weiteren sind Sie mit dem Begriff Migration sehr allgemein umgegangen. Aus der Bildungsforschung wissen wir aber, dass gerade auch innerhalb dieser Gruppe zwischen unterschiedlichen Herkunftsbereichen geradezu extreme Unterschiede bestehen. Wir wissen sogar aus der Bildungsforschung, dass es neben den Herkunftsgruppen, die eher unterdurchschnittlich abschneiden, es auch Herkunftsgruppen gibt, die sogar deutlich überdurchschnittlich abschneiden. Meine zweite Frage lautet, was wird in dem einen Bereich anders gemacht, was in anderen Bereichen möglicherweise nicht funktioniert, welche Ursachen hat das, und wie kann die öffentliche Hand auf solche Prozesse möglicherweise auf der einen Seite lernend, auf der anderen Seite steuernd eingehen?

Herr Dr. Fantini: Zuerst einmal zu der Informationspolitik! Da sehe ich wirklich ein hoch spannendes Feld von der Forschung und vor allem auch der Entwicklungsarbeit, unter genau dem Stichwort, das ich ja auch mehrfach benannt habe, nämlich wie man zielgruppengerechte Information hinbekommt. Das Vorhalten von Informationen allein ist eben nicht zielgruppengerecht, und ich habe sowohl aus Studien als auch aus konkreter Arbeit mit Schulen zum Thema Zusammenarbeit mit Eltern immer wieder erlebt, dass Schulen sagen, wir haben dieses und jenes im Informationsblatt, wir geben diese Einladungen zu Elternabenden und Elterninformationsgesprächen und so weiter heraus, und wenn man sich diese richtig anschaut, dann stellt man in der Regel fest, dass sie eben nicht zielgruppengerecht sind.

Bestimmte Familien kommen in den Genuss dieser Informationen, und andere können damit nichts anfangen. Damit muss man einfach rechnen, dass bildungsinstitutionsferne Gruppen nicht von sich aus ein bestimmtes Informationsblatt so zur Kenntnis nehmen,

dass sie daraus Schlussfolgerungen ziehen. Deswegen diese Zahl aus dem Armuts- und Reichtumsbericht: 57 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund haben nicht ausreichende Informationen über den Teilhabe- und Bildungspakt. Das ist ein Faktum, und da fände ich es sehr schwierig, sozusagen das umzudrehen und zu sagen, sie müssten da mehr einfordern. Ich glaube, so haben Sie es nicht ganz gemeint, aber so, dass Informationen mehr nachgefragt werden müssten. Wenn man überhaupt nicht dahingehend sozialisiert ist, dass man solche Informationen auch erfragt und diese dann auch so gebraucht, dass man sie versteht, das tut man das auch nicht.

Zielgruppengerechte Informationspolitik zu leisten, ist die Verantwortung der öffentlichen Hand und der Bildungsinstitutionen, das würde ich so deutlich als Ansatz sagen, und eben auch wissend aus Erfahrung, dass das in manchen tollen Schulen auch läuft, oft wenn die aus Kulturmitteln Personal zusätzlich einstellen, die was leisten, zum Beispiel durch Aufsuchen zu Hause und Ähnliches, dann kann so etwas funktionieren, und sonst funktioniert es eben eindeutig, eben auch an Zahlen belegt, nicht. Das ist auch zu dem Punkt, ob nachgefragt werden muss. Zu den Unterschieden zwischen den Migranten- und Migrantinnengruppen! Da haben Sie vollkommen recht, darauf geht auch der Kollege Luft auch noch einmal ein bisschen differenzierter ein.

Abg. Dr. vom Bruch: Dann stelle ich das auch gern zurück!

Herr Dr. Fantini: Ich habe nur den Hinweis gebracht, dass es gibt bestimmte Gruppen gibt, bei denen der Diskriminierungsfaktor und der Reproduktionsfaktor am höchsten sind, und weil es hier um Armut geht, habe ich mich erst einmal auf die am stärksten konzentriert, und könnte jetzt noch hinzufügen, was die Vermutungen sind, warum diese Gruppe mehr davon betroffen ist als die andere Gruppe. Ein Faktor auf dem Arbeitsmarkt zum Beispiel scheint eben wirklich dieser Diskriminierungspunkt zu sein. Wenn ein Name signalisiert, dass jemand aus dem „orientalischem Raum“ kommt und womöglich muslimische Hintergründe hat, dann fahren automatisch schon in bestimmten Bereichen die Schotten herunter, und der Zugang ist nicht mehr so frei zugänglich. Das ist nur ein Bereich, in welchem eben die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund den höchsten Benachteiligungsfaktor hat, auch oft von der Herkunft her am fernsten von einer Bildungsinstitution aufgestellt sind, dies spielt dort natürlich auch mit hinein.

Abg. Möhle: Sie haben eben gesagt, dass Diskriminierung, auch Deklassierung zu Lethargie und Ähnliches führen. Die Frage, die sich unmittelbar aufdrängt, ist, wie man diesen Teufelskreis durchbrechen soll, weil genau die Migrationsgruppe - und ich meine jetzt eben nicht alle Migranten, sondern genau die Menschen, die eben nicht selbst aktiv sind -, die bekommt man ja kaum aus diesem Teufelskreis heraus, auch nicht mit der Besten aller Informationsbroschüren, um es einmal einfach zu sagen. Was kann man konkret tun, um an der Stelle diesen Teufelskreis zu durchbrechen?

Ich weiß auch, dass es zahlreiche wunderbar integrierte und auch bildungsnahe Migranten gibt, diese meine ich aber nicht. Ich meine jetzt genau die Personen, die wir als Problem haben. Wir haben gesagt - und das finde ich zu Recht -, man soll und muss Bildung von Anfang an durchführen, das heißt auch für die Kitas, dass man möglichst schaut, dass diese Familien ihre Kinder in die Kitas bringen. Nun tun die das aber nicht. Deshalb wollen wir in der nächsten Sitzung der Deputation ein Modell, die Frage nach niederschweligen Angeboten diskutieren. Ich habe manchmal das Gefühl, dass man nicht weiß, an welcher Stelle man eigentlich ansetzen kann. Wie niederschwellig muss ein solches Angebot eigentlich sein, damit es angenommen wird, und wie erreicht man es, die Menschen zu motivieren, auch trotz vielleicht anderer kultureller Hintergründe und allen anderen möglichen Besonderheiten, teilzunehmen?

Ich weiß, zum Thema blaue Karte - Herr Dr. Bronke ist anwesend -, haben wir sehr viel herum diskutiert, dass man eben dieses bürokratische Monster handlungspraktischer macht! Das ist ja vom Bund so vorgegeben worden, und es gibt viele Dinge, die wir hier auf Landesebene nicht im Griff haben, aber selbst da sind ja ganz viele, die die Möglichkeit hätten, das zu nutzen, es aber nicht tun. Mein Interesse ist es auch herauszufinden, was die Politik eigentlich verbessern kann, um genau diese Menschen dorthin zu bekommen, dass sie sich anders beteiligen, das wäre auch eigentlich meine Frage.

Abg. Dr. vom Bruch: Das schließt ja schon ein bisschen an das an, was ich vorhin zum Ausdruck gebracht habe. Passt die Frage dazu, sodass wir sie kombinieren können, Frau Grönert? Danach würde ich diese Runde gern abschließen und Ihnen zu einem abschließenden Statement das Wort geben!

Abg. Frau Grönert: Meine Frage passt schon dazu. Sie haben vorhin gesagt, sie würden eine armutfeste, bedarfsgerechte und repressionsfreie Grundsicherung begrüßen. Da

lautet die Frage - wenn man jetzt gezielt an solche Gruppen denkt - zu wieviel Prozent, meinen Sie, wäre das dann wirklich der richtige Weg? Sie haben schon gesagt, dass zum Beispiel die Schule besser aufgestellt sein muss. Sie haben diesen bisher unwidersprochenen Satz vorhin so in den Raum gestellt, aber was für eine Chance räumen Sie denn dieser Sache ein, denn die Familien sollen dann aber trotzdem motiviert sein, auch arbeiten zu gehen. Sie haben keine Höhen, keine Summen genannt, aber da möchte ich gern ein bisschen mehr darüber erfahren, was Sie sich so vorstellen.

Herr Dr. Fantini: Ich bin sehr dankbar für diese Fragen, das ist auch im Endeffekt dann mein Schlusswort dazu. Wie schafft man es, wie erreicht man Menschen, bei denen genau diese Faktoren langfristig reproduziertes Armutsverhältnis vorherrschen und eine Lethargie oder ähnliche Dinge aktiv sind. Ich glaube, dazu können auch die beiden Kollegen, die in der Praxis tätig sind, eine ganze Menge erzählen, wie man das niedrigschwellig erreicht, aber ich kann eigentlich nur noch einmal dafür werben, zum Beispiel Maresi Lassek von der Grundschule Pfälzer Weg einzuladen und sich etwas über dieses Kooperationsprojekt mit Eltern einmal anzuhören. Es heißt KESch, Kinder, Eltern und Schule im Dialog, und damit kann man nämlich genau alle Eltern in der Grundschule erreichen, auch die, bei denen man vermutet, dass dort bereits negative Faktoren bestehen. Es läuft absolut niedrigschwellig, und der indirekte Schachzug ist der, dass Eltern nie ohne ihre Kinder eingeladen werden, sondern Kinder laden die Eltern ein, dass sie kommen sollen und sie etwas zusammen mit der Schule machen sollen.

Relativ wenige Eltern widerstehen der freundlichen Einladung ihrer Kinder, wenn da auch noch irgendwo irgendetwas präsentiert wird und so weiter. Es klingt so banal, aber ich weiß aus großen Schulen, dass die Schulleiter sagen, sie hätten nur eine Baustelle bei ihrem wunderbaren Konzept, und das sei die Zusammenarbeit mit den Eltern. Wir haben eine 60-jährige Kollegin, die immer 80 Prozent Elternbeteiligung bei den Elternabenden erreicht. Was macht sie dafür? Sie zeigt Produkte der Kinder und lässt die Kinder die Eltern einladen. Es klingt banal, aber ich glaube, es sind sehr starke Aussagen zu genau Ihrer Fragestellung, wie es niedrigschwellig gelingt, neue Familien zu erreichen. In den Bildungsinstitutionen von früh bis spät eine gute, überdachte und nicht die klassische Elternarbeit, sondern gute, überdachte, niedrigschwellige Zusammenarbeit mit Eltern, damit erreicht man Menschen, mit denen man vorher nie gerechnet hätte.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Grundschule Lüssum, die sich auch ziemlich am Ende der Skala befindet, und denen ist es über pädagogische Assistentinnen mit kurdisch-türkischem Hintergrund, die sie zwei Jahre lang beteiligt und begleitet haben, gelungen, einen völlig neuen, akzeptierenden Zugang zu Familien zu finden, den sie vorher nie erwartet hätten. Inzwischen führt dort ein jesidischer Mann, der so etwas wie eine Clanchef-Funktion erfüllt, Alphabetisierungskurse durch für nichtalphabetisierte jesidische Frauen. Es ist einfach nur beeindruckend zu sehen, was dort passiert, weil sie einmal damit aufgehört haben zu sagen, wenn die Eltern sich nicht interessieren, könne man auch nichts dagegen tun, sondern sie haben den anderen, niedrigschwelligeren Zugang geschaffen. Dann passieren Dinge, wo man wirklich überrascht ist, ich sehe immer die Studierenden, die es kaum glauben konnten, dass es so etwas gibt.

Zu diesem Thema könnte ich Ihnen vieles im Detail erzählen, vielleicht geht das auch in Kürze. Grundsicherung, das ist die Aussage von Christoph Butterwegge, die ich grundsätzlich auch wirklich unterschreiben kann, wenn man keine Armut mehr haben will. Jedoch muss ich dann auch sagen - was Sie vielleicht auch andeuten wollten -, dass die Grundsicherung allein nicht hilft, wenn es nicht parallel solche Projekte gibt, wie ich sie eben beschrieben habe, also mit Bildungsorientierung, mit dem Herausholen aus der Lethargie; ein bisschen mehr Geld und mit Engagement, ist dann auch nicht die Lösung. Ich möchte jetzt keine Zahlen nennen, wie solch eine Grundsicherung aussehen sollte, da reicht mir an diesen Punkt wirklich die prägnante Überschrift und vielleicht auch ein Hinweis, bei Christoph Butterwegge weiter nachzulesen. - Vielen Dank!

Abg. Dr. vom Bruch: Ganz herzlichen Dank für diese Information! Ich darf an dieser Stelle im Namen aller sprechen, das sind sicherlich auch noch einmal insbesondere für den Hintergrund Migration wichtige Hinweise. Ich darf überleiten zu Herrn Dr. Luft, herzlich willkommen! Noch einmal ist jetzt auch die Institution Universität Bremen vertreten, ich darf vielleicht ohne weitere Vorrede dann Ihnen das Wort erteilen, mit der Bitte um Ihren etwa 15-minütigen Vortrag!

Herr Dr. Luft: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Einladung! Ich möchte meinen kurzen Beitrag in vier Aspekten darstellen, zum einen möchte ich auf empirische Befunde eingehen, worum es sich überhaupt handelt, wenn wir von Personen mit Migrationshintergrund sprechen, welche Armutsrisiken, statistisch betrach-

tet, betreffen die einzelnen Gruppen. Dann, in einem zweiten Teil, möchte ich etwas zum Zusammenhang von Migration und Armut sagen, dann etwas zu den Ursachen für die hohen Armutsrisiken in der Gruppe der Migranten, dann am Schluss versuchen, die Frage „Was tun?“ zu beantworten.

Sie wissen, dass das statistische Bundesamt im Jahr 2005 aus verschiedenen Gründen - wegen der hohen Zahl der zugewanderten Aussiedler und Spätaussiedler, wegen der Zunahme der Zahl der Einbürgerungen und des seit dem Jahr 2000 geltenden neuen Staatsangehörigkeitsrechts -, gesehen hat, dass sie einen Großteil derjenigen, die eine Wanderungsgeschichte haben, mit dem Konzept der ausländischen Staatsangehörigkeit, also des Anknüpfens an die Staatsangehörigkeit, nicht mehr erfasst haben. Deswegen hat man eine möglichst große Gruppe versucht zu beschreiben, und hat gesagt, dass dort alle nach dem Jahr 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschlands Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer, und alle in Deutschland Geborenen, die zumindest einen zugewanderten, oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil, erfasst sein sollen.

Es ist eine sehr weitgehende Definition, ich kann nur anekdotisch sagen, ein Kollege, mit dem ich gelegentlich die Mensa aufsuche, ist Westfale, und er sagte mir einmal bei einem Gespräch, dass seine Mutter aus den Niederlanden, aus Anlass der Eheschließung seines Vaters nach Westfalen gezogen ist. Da musste ich ihm dann eröffnen, dass er zum Personenkreis mit Migrationshintergrund gehört. Also, wie gesagt, ein sehr weiter Kreis, aber darauf komme ich auch noch einmal ganz kurz zu sprechen. Insgesamt sind es 15,3 Millionen Personen mit Migrationshintergrund, das sind ungefähr 20 Prozent der Bevölkerung. Mehr als die Hälfte dieser Gruppe sind deutsche Staatsangehörige, 63 Prozent sind selbst zugewandert.

Von der Zusammensetzung her geht es eher ein bisschen durcheinander, das sind auf der einen Seite der Status, in jedem Fall Aussiedler und Spätaussiedler, und deren Angehörige sind 3,3 Millionen, dann die Herkunftsstaaten, der größte Teil stammt aus der Türkei, 2,9 Millionen Menschen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, 1,5 Millionen Menschen aus Jugoslawien und noch einmal diese Größenordnung aus Polen. Wenn wir uns dann im Land Bremen etwas umsehen, dann stellen wir fest, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund im Land Bremen bei rund 27 Prozent liegt, und

hier ist es noch einmal ganz interessant, dass doch die Anteile bei den unterschiedlichen Altersgruppen sehr stark auseinander gehen, das heißt, wir haben bei den unter Sechsjährigen knapp 50 Prozent, die einen Migrationshintergrund aufweisen, bei den 6 bis 18-Jährigen sind es über 40 Prozent, und es geht dann langsam herunter. Je älter die Gruppe ist, desto geringer ist der Teil derjenigen, die einen Migrationshintergrund aufweisen. Für die Stadt Bremen ist es eine ähnliche Zusammensetzung, irgendwie bunt, der größte Teil kommt aus der Türkei, aus den GUS-Staaten und aus Polen.

Wenn wir die sogenannten Quoten des Risikos der Armut nach Migrationshintergrund in Deutschland in Prozent betrachten, dann sehen wir, wenn wir uns das Jahr 2011 anschauen, dass es eben in dieser Gruppe, das ist auch schon mehrfach angesprochen worden, sehr unterschiedliche Risikoquoten gibt. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund insgesamt, das sind 23 Prozent, bei denen man von einem Armutsrisiko sprechen kann. Der größte Anteil liegt bei den Personen, die den Migrationshintergrund Türkei haben, Osteuropa, es folgt dann ehemaliges Jugoslawien. Also Sie sehen, es besteht eine erhebliche Bandbreite.

Insgesamt kann man sagen, dass die Armutsrisiken am niedrigsten sind bei hier geborenen Deutschen mit Migrationshintergrund, davon sind die 20 bis unter 30-Jährigen sogar seltener vom Armutsrisiko betroffen als die gleiche Altersgruppe ohne Migrationshintergrund. Das heißt, man kann sagen, dass es ein sinkendes Armutsrisiko bei steigender Aufenthaltsdauer gibt; je länger sich jemand in Deutschland aufhält, desto größer ist seine Chance, aus dieser Armutssituation herauszukommen, zumindest statistisch betrachtet. Zugewanderte Ausländer sind am stärksten armutsgefährdet, vor allem im Alter von 10 bis 25 Jahren, das ist vor allem die Kinderarmut, und im Alter von über 70 Jahren.

Die Armutsgefährdungsquote von zugewanderten Ausländern liegt deutlich höher als die von deutschen Zuwanderern, 32 zu 20 Prozent, obwohl beide eine ähnliche Altersstruktur aufweisen. Das kann man unter anderem auf den Bildungsstand und die Schulabschlüsse zurückführen: Bei den Spätaussiedlern und Aussiedlern zwischen 20 und 64 Jahren sind 4 Prozent ohne Schulabschluss, bei den zugewanderten ausländischen Staatsangehörigen sind es 21 Prozent, und bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sind es 2 Prozent. Also, das sind erhebliche Unterschiede.

Ein weiterer wichtiger Punkt, den Herr Dr. Fantini ja auch schon angedeutet hat, ist die starke sozialräumliche Polarisierung der vergangenen Jahre und Jahrzehnte. Das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung Nordrhein-Westfalen hat im Jahr 2006 in einer Sozialraumanalyse festgestellt, dass man zunächst lediglich soziale Segregation, also arm und reich, und demografische Segregation, alt und jung, kinderlos und kinderreich, registriert hat, dass aber in den Achtzigerjahren eine ethnische Komponente hinzukam, sodass man heute davon sprechen kann, dass eine ethnische Konzentration in Stadtvierteln heute, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gleichbedeutend ist mit Armut und Kinderreichtum.

Wenn Sie sich die Bildungsberichterstattung in Bremen ansehen, dann kann man sagen, dass das auch für Bremen gilt, das ist nun auch das Gegenteil von überraschend, aber da heißt es eben, es gibt einige Ortsteile, in denen besonders viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund leben, und in diesen Ortsteilen leben gleichzeitig besonders viele Kinder und Jugendliche, die im besonderen Maße von staatlicher Unterstützung nach dem SGB II abhängig sind. Je höher das Armutsrisiko in einem Ortsteil ist, desto höher ist auch der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund, die in diesem Ortsteil leben. Konkret heißt das aus dem Armuts- und Reichtumsbericht aus dem Jahr 2009, hier sind die Anteile in der letzten Spalte mit unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund, da kann man sehr deutlich sehen, dass das die Stadtteile sind, die eben in Ihrer bereits mehrfach zitierten Rangfolge benachteiligter Ortsteile Sozialindikatoren ziemlich weit oben sind.

Interessant ist diese Tabelle, weil sie doch sehr aussagekräftig ist. Da sind einmal die Stadt- und Ortsteile zusammengefasst worden, die man als eher reich und die anderen als eher arm beschreiben kann, und dann kann man sagen, also woran kann man das erkennen kann, hier ist der Migrantenanteil im Jahr 2007 13 zu 46 Prozent. Was eben schon dramatisch ist, ist der Anteil der Schüler in der achten Klasse eines Gymnasiums, das sind 70 Prozent zu 16 Prozent, und die Abiturquote ist 55 Prozent zu 18 Prozent. Nun könnte man sagen, wenn man ein Anhänger von Thilo Sarrazin wäre - und ich gehe davon aus, dass hier nicht so viele dazu zählen -, dass sich sozusagen in diesen Stadtteilen die dummen und faulen Menschen wiederfinden, aber da ich selbst auch kein Sarrazinist bin, das für Unsinn halte, braucht man dies, glaube ich, nicht weiter auszuführen.

Gibt es einen Zusammenhang von Migration und Armut? Das Problem bei dem Stichwort Migrationshintergrund ist ja, dass zunächst einmal unterstellt wird, dass Migration als sol-

che Probleme mit sich bringe, und da muss man natürlich die Frage stellen, ob das so ist, und wenn ja, welche das sein könnten und welche Auswirkungen sie haben könnten, und warum sie sich in einzelnen Gruppen unterschiedlich auswirken. Es gibt selbstverständlich im Zusammenhang mit Wanderung stehende Probleme, das ist zunächst einmal das mitgebrachte Humanvermögen - also die Sprachkenntnisse, die Einbindung in soziale Netzwerke -, das zunächst einmal weitestgehend entwertet wird. Man kann die Netzwerke nicht transferieren. Selbst wenn man innerhalb eines Landes umzieht, wenn man von Bremen nach München oder in irgendeine andere größere Stadt zieht, dann kann man seine Netzwerke nicht transferieren. Dann muss es von der Sprache her kommen, aber wir reden ja von transnationaler Migration.

Es gibt Ressourcen, die spezifisch für das Aufnahmeland sind, wieviel davon werden dort anerkannt, Abschlüsse, Informationen über Bildungswege, über notwendige Investitionen in schulische und vorschulische Bildung. Es gibt des Weiteren unterschiedlich ausgeprägte soziale Distanzen, sowohl vonseiten der Migranten als auch vonseiten der Aufnahmegesellschaft. Also, es gibt ja genügend Befragungen, in denen die Befragten vor die Wahl gestellt werden, wen sie am liebsten als Nachbar hätten, da gibt es bestimmte Nationalitäten, die werden da eher genannt als andere, und da spielt sicher eine Rolle die Frage der kulturellen Präferenzen, wie positioniere ich mich zu meiner Herkunftsidentität, zu dem mitgebrachten, kulturellen Kapital, distanzieren mich ich eher davon oder versuche ich, das eher zu konservieren.

Wichtig sind Aspekte der Wanderungsgeschichte sowie die Motive für die Wanderung. Zum Beispiel ist es ja die Frage, warum es so ganz unterschiedliche Integrationsfortschritte in der Gruppe derjenigen Zuwanderer aus islamisch geprägten Ländern gibt, und dann muss man eben sagen, dass die Migranten aus dem Iran in erster Linie Elitenmigranten waren, die eben vor politischen Umstürzen die Flucht ergriffen und die hier eine hervorragende Integrationsbilanz haben, und andere, beispielsweise die türkischstämmige Gruppe, eben die bundesdeutsche Gesellschaft im Prinzip eher unterschichten. Beide stammen aus islamisch geprägten Ländern, also kann das Argument, dass es am Islam liege, schon einmal nicht so gewichtig sein. Es gibt natürlich ökonomische und politische Rahmenbedingungen. Die Situation in den 1960er-Jahren war eine andere als die in den 1980er-Jahren, mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten et cetera.

Insgesamt kann man feststellen, dass es nicht entscheidend ist, dass jemand zuwandert, sondern wer zuwandert, welchen Bildungsstand, welche Schul- und Berufsabschlüsse er mitbringt, und ob diese Berufsabschlüsse anerkannt werden. Die Kompetenzen sind entscheidend, und deswegen muss man immer genau differenzieren nach Herkunft und nach Generation, denn viele Migrantengruppen erreichen bessere Platzierungen in den Funktionssystemen, wie im Bildungssystem und im Arbeitsmarkt, als der Durchschnitt der nicht zugewanderten Deutschen. Die Problematik des Migrationshintergrundes ist, dass die integrationspolitische Aussagekraft einer weitgefassten Gruppendifinition sehr eingeschränkt ist. Um das nur einmal als Beispiel zu bringen: Jugendliche aus EU-Staaten, Ostasien und dem amerikanischen Kontinent erreichen deutlich häufiger die Hochschulreife als solche Jugendliche aus den Staaten der EU, haben gegenüber gleichaltrigen Deutschen eine mehr als zweimal so hohe Chance, eine gymnasiale Oberstufe beziehungsweise das Abitur zu erreichen. Jugendliche aus der Türkei, Italien und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, erreichen dieses Abschlussniveau eben weniger als halb so oft als die Deutschen.

Die Ursachen für die hohen Armutsrisiken in der Gruppe der Migranten! Da ist sicher zunächst einmal als erstes die Frage der Auswahl der Zuwanderer nach Qualifikation zu nennen, wir sehen hier das Verhältnis der Migrationsrate der Hochqualifizierten zur Migrationsrate der Mittel- und Geringqualifizierten, und wir sehen, dass die klassischen Einwanderungsländer Kanada, Australien und die USA es doch geschafft haben, in einer Einwanderungspolitik, die sehr stark auf Auswahl ausgerichtet war, hier was die Bildungsselektion der Migranten anbelangt, andere Ergebnisse zu erzielen als die westeuropäischen Staaten, vor allem Deutschland und Frankreich. Das bildet hier 25 Jahre ab; wir wissen, dass die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Union im Ganzen seit dem Ende der 1990er-Jahre sich ja selbst auch stärker als Einwanderungsland beziehungsweise als Einwanderungsgemeinschaft verstehen, und deshalb eben auch sehr viel stärker als früher auf die Art der - ich sage es einmal in Anführungszeichen - „Bildungsselektion“ orientiert sind.

Folgendes ist eines meines Lieblingszitate von Ludwig Erhard, weil es doch sehr programmatisch die Position der damaligen Politik deutlich macht. Es gab im Jahr 1955 beim ersten Anwerbeabkommen eine öffentliche Diskussion darüber, ob man angesichts einer Million Arbeitslose in Westdeutschland tatsächlich Arbeitskräfte aus dem Ausland holen

müsste, und da sagte er: „Im Übrigen möchte ich meinen, dass es im Interesse der deutschen Arbeiter liegen würde, wenn wir noch mehr als bisher daran gehen, ungelernete Arbeitskräfte in Deutschland auszubilden, umzuschulen und aus ihnen geschulte Fachkräfte werden zu lassen.“ Also, die deutschen Arbeitskräfte sollen aufsteigen durch Qualifikation.

Um das aber besorgen zu können, müssen wir natürlich dann die relativ primitiveren Arbeiten in Deutschland bei Anhalten dieser Konjunktur schließlich doch einmal von ausländischen Arbeitskräften besorgen lassen. Also da ist die Programmatik der - wenn man so will - Unterschichtung der nicht zugewanderten Bevölkerung schon in gewisser Weise vorgezeichnet. Die Frage nach den Ursachen: Da ist zunächst einmal der soziale Status der Migranten, zudem dann die Gruppengröße, die spielt meines Erachtens eine sehr große und entscheidende Rolle, auch für die Frage zu der Bildung sogenannter ethnischer Kolonien. Eine Mindestgruppengröße ist einfach die Voraussetzung, damit sich in den Städten Stadtviertel bilden können, in denen einzelne Gruppen konzentriert sich zusammenfinden, aus welchen Gründen auch immer, und auf die Themen Mobilität, institutionelle Vollständigkeit, wenn es jemanden interessiert, möchte ich gern noch in der Fragerunde eingehen.

Ich komme nun auch zum Schluss! Unterschiedlich ausgeprägte soziale Distanzen, sogenannte ethnische Grenzziehung, ist eine der Ursachen. Mangelnde Sprachkenntnisse, die soziale Herkunft in der Folge, die unzureichende Einbindung der Eltern und Jugendlichen in interethnische Netzwerke, das ist ein ganz wichtiges Thema, denn gerade kleine und mittlere Unternehmen vergeben ihre Ausbildungs- und Arbeitsplätze häufig über soziale und informelle Netzwerke, und deshalb ist die Frage, ob jemand in der Freiwilligen Feuerwehr oder beim Arbeiter-Samariter-Bund oder bei der AWO in Bremen oder wo auch immer tätig ist, sicher von Bedeutung. Eine Zuschreibung negativer Eigenschaften, vor allem zur türkischen Gruppe, das habe ich vorhin schon angedeutet, Stichwort Diskriminierung, und das, was auch vorhin gesagt wurde, die Ergebnisse von Studien, dass bei gleichen schulischen Ergebnissen Bewerber mit Migrationshintergrund schlechtere Chancen haben.

Wir haben die Integrationsaufgabe - und das hat sicher auch zentral mit der Frage zu tun, warum sich die Städte heute so darstellen, wie sie es tun -, schichtspezifisch organisiert. Wir haben den einheimischen sozial Schwachen erklärt, sie müssen es als Bereicherung empfinden, und diejenigen, die es sich leisten konnten, in Amerika nennt man das „White

Flight“, die Weißen fliehen aus bestimmten Regionen der Städte, gibt es eine sozialelektive Migration oder Wanderung aus bestimmten Stadtteilen hinaus. Sowohl die nicht zugewanderten als auch die zugewanderten Menschen, die es sich leisten können, ziehen aus bestimmten Stadtteilen weg.

Die letzten Punkte! Wichtig ist: Armutspolitik findet ja nicht in einem luftleeren Raum statt, deswegen muss man natürlich die Rahmenbedingungen sehen, die finanzpolitische Handlungsfähigkeit ist von zentraler Bedeutung, bis zum Jahr 2020 sollen die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllt sein und das strukturelle Finanzierungsdefizit vollständig abgebaut werden. Die Frage ist, wer das letztlich zahlt, wo außer bei den zentralen Aufgaben wie Bildung, Kultur und innere Sicherheit können die Länder sparen? Es ist natürlich nichts Negatives, wenn die Personaldecke auch in der Bremischen Bürgerschaft angespannt ist, dann ist es sozusagen auch bei den Abgeordneten spätestens dann angekommen, wie die Personalsituation in der Justiz, in der Polizei und in den Schulen ist. Die Länder sehen sich mit erheblichen Ausgabenrestriktionen konfrontiert, die die staatliche Handlungsfähigkeit einschränken, das ist auch meiner Sicht eine wichtige Rahmenbedingung, die man im Kopf behalten muss.

Was muss man unternehmen, wenn man aus dieser Armutsfalle herauskommen will? Man muss die geburtenstarken Jahrgänge durch deutlich besser qualifizierte geburtenschwächere Jahrgänge ersetzen. Es bedarf einer weiteren Bildungsexpansion, wir brauchen die Anerkennung von den im Ausland erworbenen Qualifikationen, dazu gab es im Jahr 2012 das Berufsanerkennungsgesetz, das ja auch von den Ländern umgesetzt werden muss, und wir müssen uns meines Erachtens - und das ist die vorletzte Folie - auf das Wesentliche konzentrieren, und das Wesentliche heißt für mich: Der Erwerb von spezifischen Ressourcen des Aufnahmelandes. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die zentralen Felder wie Arbeitsmarkt und Bildung in Deutschland und in England, ebenso in Frankreich, durch die jeweilige Landessprache geprägt sind, das heißt, das A und O ist, dass die jeweilige Landessprache erworben wird. Dazu muss der sozialräumlichen Polarisierung in den Städten entgegengewirkt werden.

Auch eine ethnisch-soziale Mischung in schulischen und vorschulischen Einrichtungen ist aus meiner Sicht wichtig, auch stärker als bisher in den Fokus zu nehmen, ein innerstädtischer Lastenausgleich, damit alle sozialen Schichten an dem Weg aus der Armutsproble-

matik ihren Beitrag leisten, und man darf die Probleme weder kulturalisieren noch gar islamisieren..

Ich schließe ab mit einem Zitat von Häußermann und Siebel, zwei Stadtsoziologen, sie haben einmal gesagt: „Höhere Bildung ist, das zeigen alle Forschungsergebnisse, das wirksamste Mittel, um die Beschränkung auf eigenethnische, lokal enge Sozialbeziehungen aufzulösen und die Integration in die Mehrheitsgesellschaft zu befördern. Voraussetzung dafür sind allerdings Bildungsprozesse, die in frühem Alter ansetzen, und die fehlenden kulturellen Ressourcen des Elternhauses zu kompensieren in der Lage sind“. Das war mein Beitrag, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Abg. Dr. vom Bruch: Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Luft!

Der Tradition folgend würde ich Frau Dr. Mohammadzadeh, Herrn Dr. Güldner, Frau Vogt um ihre Wortmeldungen bitten, und dann würde ich die Runde erst einmal abschließen wollen. Wir machen es so, wenn allgemeiner Konsens besteht, ich würde Ihnen nach den Abgeordneten im Anschluss das Wort erteilen.

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh: Herr Dr. Luft, ich habe zwei kurze Fragen. Sie haben bei allen Faktoren, die Sie genannt haben, was das Armutsrisiko betrifft, den Aufenthaltsstatus völlig außen vor gelassen, warum? Es ist inzwischen weit verbreitet, den Aufenthaltsstatus als ein Faktor für ein Armutsrisiko zu nennen. Des Weiteren haben Sie die Gruppe ältere Migranten erwähnt. Diesen Prozess habe ich verstanden, wenn man länger in Deutschland lebt, ist man weniger gefährdet, aber im Armuts- und Reichtumsbericht des letzten Jahres wird grundsätzlich auch das Alter 65 plus als eine hoch einzustufende Armutsrisikogruppe genannt, insbesondere in Bremen, und das ist auch bekannt.

Abg. Dr. Güldner: Die eine Seite wurde ja ausgiebig beschrieben, nämlich dass die staatlichen Angebote in dem Bildungsbereich noch einmal verstärkt werden müssen. Gleichzeitig wissen wir alle, dass es auch ein wichtiger Faktor ist und eine anhaltendere Wirkung hat, auch die Selbsthilfepotenziale zu stärken, den ganzen Empowerment-Gedanken. Mich würde noch einmal interessieren, welche Aspekte da vor allem für unser Thema heute wichtig sind, und was dort speziell gemacht werden kann, um gerade die Selbsthilfekräfte stärker zu mobilisieren, und dann beide Faktoren, das staatliche Angebot und diese Kräfte, zusammenwirken können.

Abg. Frau Vogt: Ich möchte gern die Frage von Frau Dr. Mohammadzadeh ein wenig ergänzen, es ist ja nun einmal leider so gewesen, dass in den Achtziger- und Neunzigerjahren sich Deutschland immer als ein Nichteinwanderungsland beschrieben hat, und die Aufenthaltsgesetzgebungen auch ganz klar mit der Beschäftigungspolitik zusammenhängen. Es gibt die restriktiven Vorgaben für Menschen, die ohne gesicherten Aufenthalt sind, zum einen, dass man einmal das Beschäftigungsverbot hat und dann die Vorrangprüfung, zum anderen gibt es aber auch den umgekehrten Effekt bei EU-Bürgerinnen, also die, die jetzt aus den Balkanländern kommen, dass sie darauf angewiesen sind, möglichst einen schlecht bezahlten Arbeitsplatz auszuüben, um hier überhaupt im System auch Ansprüche auf Sozialleistungen beziehungsweise Leistungen der Krankenversicherung zu haben. Die Situation mit den sogenannten Arbeiterstrichen in Gröpelingen und Bremerhaven ist ja durchaus bekannt, diesen Zusammenhang habe ich bei Ihnen auch gar nicht so herstellen können, weil Sie sagen, Sie müssen so ein wenig ausgleichen und mehr auf Bildungspolitik setzen, das Problem ist aber doch ein ganz anderes, die Menschen wandern einfach ein oder wandern in Europa ein, weil sie in ihren Herkunftsländern aus welchen Gründen auch immer, von Krieg über Armut nicht mehr leben können.

Die Frage ist, wie schätzen Sie diese Aufenthaltsgesetzgebung im Sinne der Beschäftigungspolitik, Beschäftigungsverbote und umgekehrten Effekten als kontraproduktiv ein?

Herr Dr. Luft: Zunächst einmal ist das ja das Spannungsfeld, dem auch etwa die Gewerkschaften ausgesetzt sind, zwischen internationaler Solidarität und Schutz der heimischen Arbeitswelt. Es war ja durchaus immer ein Thema, nämlich zu verhindern, dass partielle Knappheiten an Arbeitskräften dadurch entstanden sind, dass - nehmen Sie heute den Pflegesektor -, schwere Arbeit schlecht bezahlt wird, diese Knappheiten des Faktors Arbeit durch die Zuwanderung von außen, durch Arbeitskräfte von außen ausgeglichen werden. Da könnte man durchaus sagen, und das hat man auch gesagt, im Großen und Ganzen hat sich eher die Wirtschaft immer wieder durchgesetzt, aber man könnte ja durchaus auch der Auffassung sein, man müsste die Arbeitsbedingungen verbessern, um die Arbeitsplätze attraktiver zu gestalten und damit auch das Arbeitskräftepotenzial, das in Deutschland vorhanden ist, stärker als bisher zu aktivieren.

Bei den Asylbewerbern, wenn Sie, Frau Dr. Mohammadzadeh, den Aufenthaltsstatus ansprechen, kann man sich ja anhand der letzten Jahrzehnte anschauen, dass alle paar Jah-

re der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert wird, und dann wird er wieder erschwert. Es gibt also eine sehr starke Konjunktur. Jetzt haben wir die Situation, dass in diesem Paket, in dem die sicheren Drittstaaten, die sicheren Herkunftsstaaten definiert werden. In diesem Paket, das im Bundestag beschlossen wurde und noch der Zustimmung des Bundesrates bedarf, soll ja auch auch der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber erleichtert werden. Es orientiert sich also sehr stark am artikulierten Bedarf der Industrie, wenn Sie so wollen.

Das Zweite betrifft die Menschen mit Duldung, das ist natürlich ein zentrales Ärgernis der deutschen Innenpolitik. Geduldete sind ja Personen, die ausreisepflichtig sind, und da stehe ich mittlerweile auf dem Standpunkt, entweder der Staat schafft es und setzt alles daran, diese Personen auch tatsächlich zur Erfüllung ihrer Ausreisepflicht zu veranlassen, oder aber, wenn er es nicht schafft oder nicht will - den Eindruck habe ich in Bremen manchmal oder es wird mir berichtet -, dann muss man es auch lassen, dann muss man diese Personen auch irgendwann aus dem Status herausnehmen, weil dieser Status in der Tat Integration verhindert. Darüber muss man sich tatsächlich ordnungspolitisch, ordnungsrechtlich unterhalten, was man da für Vorstellungen hat und wo man letztendlich hin will. Man hat ja auch bei den Geduldeten die Phase, in der sie gar keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, in den vergangenen Jahren verkürzt.

Die sogenannten undokumentierten Migrationen sind ein Spezialthema. Ich war hier einmal bei einem anderen Ausschuss, dort wurde dann von einer Abgeordneten der Vorschlag unterbreitet, dieser Personenkreis sollte auch an den Wahlen teilnehmen dürfen. Nichts ist unvorstellbar, das ist schon richtig. Grundsätzlich bin ich aber der Meinung, wer sich hier illegal aufhält und damit gar keinen Status innehat – jemand, der eine Duldung hat, ist ja in irgendeiner Weise wahrgenommen -kann aus meiner Sicht nicht legitimer Weise einen geschützten Zugang zum Arbeitsmarkt erwarten.

Abg. Frau Vogt: In den Schlachthöfen arbeiten die aber auch für einen Apfel und ein Ei.

Herr Dr. Luft: Ja, das ist natürlich auch eine Frage der Defizite im Vollzug bei den Gewerbeämtern. Das stimmt, das ist auch nicht in Ordnung, da gebe ich Ihnen völlig recht.

Dann zu der Frage der Altersarmut bezüglich der Personen im Alter 65 plus: Es stimmt, das ist vor allem die sogenannte Gastarbeitergeneration, die eben relativ niedrige Verdienste hatte und vielleicht auch einmal in gewissen Phasen in Arbeitslosigkeit geraten ist, das ist die Gruppe, bei der tatsächlich eben auch ein nicht unerhebliches Maß an Altersarmut festzustellen ist.

Was Herr Dr. Güldner bezüglich der Selbsthilfekräfte sagte, also, nach meiner Auffassung haben wir ja die residenzielle, also die wohnliche Segregation. Die wohnliche Segregation ist schwer in den Griff zu bekommen. Wir haben in Bremen Gott sei Dank noch die GEWOBA, die als wichtiger Akteur öffentlichen Wohnraum in einer Art und Weise zur Verfügung stellt, und sich auch als wichtiger Akteur in den kritischen Stadtteilen, Blumenthal oder wo auch immer, versteht. Ich halte es für eine ganz zentrale Angelegenheit, dass es das gibt. Der Abbau von öffentlichem Wohnraum in sehr vielen deutschen Städten hat sicherlich die Steuerungsmöglichkeiten des Städte in dem Zusammenhang sehr stark reduziert.

Wesentlich stärker aber als die wohnliche Segregation ist aber immer schon die schulische Segregation gewesen, ganz einfach deshalb, weil die Investitionen oder die Kosten, die mit einer Exit-Option hinsichtlich der Schulen verbunden sind, wesentlich geringer sind, als mit der Exit-Option aus dem Stadtteil heraus; also wenn ich umziehe, wird es wesentlich teurer, als wenn ich mein Kind an eine andere Schule schicke. Wir haben eben das Problem, dass einerseits die einheimische Mittelschicht versucht, in bestimmten Schulen - Sie haben es vorhin im Zusammenhang mit Findorff angesprochen, Frau Vogt - ein gewisses Mindestmaß an Homogenität zu wahren, das heißt, durch ihre Flucht aus bestimmten Schulen, wird allein deshalb bereits die Konzentration von benachteiligten Kindern in diesen Schulen größer. Das ist eben andererseits vor allem in den vorschulischen Einrichtungen auch noch einmal ganz erheblich, weil dort die Einzugsräume weniger groß sind. In den vorschulischen Einrichtungen kumulieren oder dominieren noch einmal sehr stark in den einzelnen Stadtteilen eben die benachteiligten, sozial schwachen Gruppen.

Ich bin der Meinung, dass es erst einmal wichtig ist, was Herr Dr. Fantini gesagt hat, dass Lehrerinnen und Lehrer und überhaupt Personal auch mit Migrationshintergrund an diesen Einrichtungen stärker als bisher vorhanden ist, aber ich bin eben auch der Meinung, dass es wichtig ist, dass es eine stärkere Mischung als bisher gibt, dass Politik sich darauf hin

orientiert, dass Schulen nicht zu Restschulen werden und dass sich nicht bestimmte Gruppen an bestimmten Schulen konzentrieren. Sie haben vorhin beispielhaft eine Schule genannt, die war bis vor wenigen Jahren - ich habe mich damit einmal ausführlicher beschäftigt - so eine klassische Restschule. Da waren alle Schulen in der Umgebung froh, dass es diese Schule gibt, denn die hat alle möglichen „Problemgruppen“ aufgenommen. Sie sind daran fast kaputtgegangen, aber dann waren diese Gruppen nicht mehr in den anderen Schulen.

Aus meiner Sicht müsste deswegen eine stärkere soziale Mischung an den Schulen ein oberstes Ziel sein. Damit es auch stärker wieder Vorbilder schaffen. Es gibt so viele Menschen mit Migrationshintergrund auch in den Gymnasien, die es schaffen, die es gut schaffen und die auch vorankommen wollen. Insofern finde ich, ein ganz wichtiger Punkt, Herr Dr. Güldner, in diesen Stadtteilen positive Vorbilder stärker als bisher zu etablieren.

Ich gebe zu, das ist mein letzter Satz, dass das nicht der Grund war, warum ich nach Mittelshuchting gezogen bin.

Abg. Dr. vom Bruch: Herzlichen Dank, Herr Dr. Luft.

Wenn es aus dem Kreis der Abgeordneten keine Wortmeldungen mehr gibt, würde ich Ihnen als Gast das Wort erteilen, mit der Bitte, in zwei Sätzen kurz zu sagen, wer Sie sind und woher Sie kommen, mit der Bitte um eine kurze Frage.

Herr Ording: Mein Name ist Peter Ording, ich wohne jetzt seit 20 Jahren in Bremen, komme aus Ibbenbüren, und habe eigentlich zwei relativ konkrete Fragen: Und zwar mit der - ich sage es einmal etwas platt ausgedrückt -, Ausländerbetonung, wo immer gesagt wird, dass man für Flüchtlinge mehr tun muss, was man ja durchaus begrüßen kann. Allerdings muss ich auch dazu sagen, wenn man das so deutlich betont, dass bei uns so viele Ausländer, Flüchtlinge und so weiter da sind, dass dafür etwas getan werden muss, dann schürt man damit wiederum umso mehr den Ausländerhass und die Feindlichkeit Ausländern gegenüber, weil man nämlich sagt, allen Menschen, die entsprechende Probleme haben, soll geholfen werden. Viele Deutsche, das bekomme ich teilweise mit, fragen sich, warum so viel für Ausländer getan wird aber nichts für sie selbst. Was natürlich Unsinn ist, aber damit wird das geschürt. Die Deutschen und die Ausländer haben ja beide

individuell entsprechende Probleme, und eh man dann einfach ganz direkt, konkret sagt, du als Person und nicht als Deutscher oder Ausländer hast Probleme und daran gehen wir.

Das andere Problem ist, das habe ich vorhin gesehen, die Frage, wer das zahlt, da geht mir fast die Hutschnur hoch, wenn ich so etwas lese und höre. Wenn ich mich ein wenig mit Bremen beschäftigt habe, auch wirtschaftlich und politisch, dann weiß ich am besten, dass Bremen zwar politisch gesehen eines der meist verschuldeten Länder in Deutschland ist - -.

Abg. Dr. vom Bruch: Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie eine Frage stellen wollten!

Herr Ording: Ich bin dabei! Dann frage ich mich aber, dass Bremen gleichzeitig auch wiederum eines der reichsten Länder an Privatvermögen ist, warum geht man nicht daran, und auf die Frage, wer das zahlt, ganz einfach, diejenigen, die das Geld haben. Wir sind ein Sozialstaat, warum tut man das nicht und sagt immer, wir haben kein Geld.

Abg. Dr. vom Bruch: Gut, das haben wir verstanden. Ich bin allerdings jetzt nicht ganz sicher, ob das eine Frage ist, die unsere fachlichen Referenten beantworten können oder sollen, sondern ich glaube eher, dass es sich hierbei um eine politische Frage handelt, die sehr global gestellt ist. Ich weiß nicht, ob unsere Referenten dazu Stellung nehmen wollen oder können. Die Frage des Umgangs ist hier ja ein Grundthema, und die gesellschaftliche Verteilungsgerechtigkeit ist hier sicherlich auch eine Grundfrage. Es ist aber eher am Ende des Tages eine Frage, mit der wir uns in dem zunehmenden Auswuchs der Thematik hier politisch auseinandersetzen werden, ich bin jetzt nicht sicher, ob sie in den, sagen wir einmal, unmittelbaren Zusammenhang unserer derzeitigen Thematik so ganz hineinpasst. Ich weiß nicht, ob es das Bedürfnis gibt, dazu darüber hinaus noch etwas zu sagen, ich sehe da eher verhaltene Zustimmung oder Reaktion.

Noch einmal ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Luft, für diese Ausführungen! Ich habe eine Menge gelernt und möchte zwei, drei kurze Bemerkungen machen. Erstens habe ich mich ein wenig gewundert, war fast erstaunt, weil ich es, ehrlich gesagt, aus meinem natürlichen Empfinden her eher anders vermutet habe. Ich habe gelernt, dass der Anteil der von

Armut Bedrohten mit Migrationshintergrund bei 23 Prozent liegt, das aber der tatsächliche Anteil dieser Bevölkerungsgruppe, sage ich einmal, bei etwa 20 Prozent liegt. Die Differenz zwischen 20 und 23 Prozent - wobei die erwartete Zahl derjenigen, die mit Armut konfrontiert sind, ja dann schon bei 20 Prozent läge, wenn man sozusagen eine normale statistische Verteilung unterstellen würde - finde ich nicht so hoch, wie ich sie mir zunächst erst einmal vorgestellt habe.

Das Zweite, was ich glaube, herausgehört zu haben, ist, dass es innerhalb dieser Gruppe eine riesige Differenz zu geben scheint, mit der wir uns sicherlich auch noch einmal auseinandersetzen haben. Ich habe zur Kenntnis genommen - das ist auch eine Zahl, die uns als Bildungspolitiker, als Menschen, die mit Kindern und Jugendlichen politisch zu tun haben, nicht so überrascht -, dass die Zahl derjenigen, die in diesem Bereich bereits jetzt in unseren Systemen, das heißt Schule, Kita angekommen sind, bei 40 bis 50 Prozent liegen, das heißt also, es handelt sich hier schon lang nicht mehr um etwas, das sich eher in eine Richtung von Ausnahme oder so etwas bewegen würde. Vor dem Hintergrund des Phänomens der Segregation liegt das dann auch noch einmal in Stadtteilen entsprechend teilweise deutlich höher.

Was mich sehr erschreckt hat, und was ich an dieser Stelle noch einmal hervorheben möchte, ist das Stichwort Segregation, der unglaubliche Unterschied von Bildungsabschlüssen, die in einzelnen Stadtteilen differenziert erworben werden, am Beispiel des Abiturs wurde das deutlich gemacht, wo, glaube ich, Differenzen und Streuungen zu beobachten sind, die zwischen 16 und 70 Prozent liegen, und daran kann man ja schon erkennen, dass sich dieses Phänomen von Armut, von Zukunftschancen abhängig von dem Stadtteil unterschiedlich entwickelt. Das ist sicherlich auch eine Erkenntnis, die an dieser Stelle auch von, glaube ich, politisch hoher Bedeutung ist, und die ich für mich im Hinterkopf behalten möchte.

Ich möchte jetzt gern überleiten, das war ja sozusagen eher der akademisch geprägte Bereich mit universitärem Hintergrund. Ich freue mich, dass ich an dieser Stelle zwei Vertreter auch der Praxis hier begrüßen darf, und ich darf an dieser Stelle Herrn Tasan um seinen Beitrag bitten. - Herzlichen Dank dafür, dass Sie da sind, Sie haben das Wort!

Herr Tasan: Sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal vielen Dank, dass ich hier heute eingeladen wurde und sozusagen ein wenig aus der Praxis berichten kann als Quartiersmanager, seit fünf Jahren, im sogenannten Schweizer Viertel.

Herr Dr. Luft hat mit einem Zitat von Herrn Häußermann aufgehört, ich möchte gern mit drei Zitaten von Herrn Häußermann anfangen und das kurz vorlesen:

„Bund und Länder haben das Programm ‚Soziale Stadt‘ gemeinsam beschlossen, um der sozialen Polarisierung in den Städten zu begegnen. Die dort zunehmende Segregation hat komplexe Ursachen und kann wirksam mit einem Bündel von integrierten Maßnahmen bekämpft werden, das sich von der Arbeitspolitik, über Bildungs-, Sozial-, Familien-, Jugend- und Ausländerpolitik bis zur Stadtplanungs- und Wohnungsbaugesellschaft erstreckt. Die Gründe für die heutige Zunahme von Segregation liegen in der Veränderung von vielen Faktoren: die Reduzierung der Förderung von sozialem Mietwohnungsbau sowie der rasche Abbau von Sozialwohnungsbaubeständen, durch auslaufende Bindungen und Privatisierungen entfallen inzwischen negative, externe Effekte hinsichtlich der sozialen Segregation.“ Dann weiter: „Die öffentliche Thematisierung der problematischen Entwicklung von Stadtteilen und die Propagierung der integrierten Handlungskonzepte, die mit dem Programm ‚Soziale Stadt‘ verbunden sind, sollten daher mit unverminderter Intensität weiter verfolgt werden.“

Das hat Herr Häußermann bei einer Evaluation des Programms „Soziale Stadt“, Wohnen in Nachbarschaften erarbeitet, und das habe ich als Zitat herausgenommen. Leider ist Herr Häußermann vor circa drei Jahren verstorben, er widmete sich intensiv dem Programm ‚Soziale Stadt‘.

Warum das Programm „Soziale Stadt“? Weil es genau gegen Armut in sozial benachteiligten Stadtteilen kämpft und präventiv tätig ist

Ich möchte meinen Beitrag etwas kürzen, weil wir auch schon die Zeit überschritten haben, und berichte über Eckdaten zu der Bevölkerungsstruktur im Schweizer Viertel, Rahmenbedingungen, den aktuellen Stand der Entwicklung und ausgewählte Projektbeispiele.

Zum Überblick! Das Schweizer Viertel befindet sich in einem Wohngebiet, das angrenzt an Ellenerbrok-Schevemoor, im Ortsteil Osterholz und zu einem Teil - das sogenannte Hahnenkamp-Quartier - in Tenever liegt. Meistens liegt dieser Bereich im Fokus, die Hochhaussiedlung Tenever, die seit dem Jahr 1998 im Nachbesserungsprojekt ist und dann anschließend auch im Prozess „Soziale Stadt“. Im Schwerpunkgebiet leben etwa 8 000 Menschen, die von diesem Programm partizipieren. Darüber hinaus gibt es hier das Krankenhaus. Wir haben eine sehr heterogene Bevölkerungsstruktur, unterschiedliche Nationen, aber auch eine unterschiedliche Bebauung. Es leben circa 80 Nationen rund um unser Quartier. Die größten Gruppen sind natürlich russisch, polnisch, türkisch und arabisch.

Zu den Altersstrukturen! Die Gruppe unter 18 Jahren ist sehr hoch, das sind 18 Prozent, aber auch die Zahl der Menschen aus älteren Jahrgängen, über 65 Jahre, steigt stetig. Wir haben viele ältere Menschen, aber auch ganz viele Kinder und Jugendliche. Menschen mit und ohne Migrationshintergrund liegen bei 50 Prozent, bei den Kindern und Jugendlichen, das wurde auch aus den vorausgegangenen Beiträgen deutlich, bis zu 70 Prozent.

Die hohe Armutsrate im Quartier, insbesondere die Kinderarmut, ist deutlich prägend. Wir haben nachmittags Tischangebote in der Schule, wo Kinder, weil sie am Wochenende nicht mehr so viel zu essen bekommen, am Freitag sich richtig sattessen. Die Kinder haben auch nicht die Freizeitmöglichkeiten, die sie vielleicht aus einem gut situierten Haushalt hätten. Deswegen versuchen wir, mit dem Programm auch immer Projekte anzubieten. Der Anteil von Menschen mit Leistungen nach dem SGB II ist überdurchschnittlich hoch, doppelt so hoch wie im städtischen Vergleich, bei Kindern und Jugendlichen sogar deutlich höher.

Zu den Rahmenbedingungen! Wir haben drei Förderprogramme in dem Quartier, bei denen wir über ein Gebietsbudget verfügen, und dieses Gebietsbudget mit den Bewohnern vor Ort auch investieren und mit ihnen auch Projekte umsetzen. Dafür bin ich als Quartiersmanager seit dem Jahr 2009 vor Ort, um diese Förderprogramme zu koordinieren, die Initiierung und Unterstützung von Netzwerken und Projektideen vor Ort mit den Trägern, den Vereinen, den Bewohnern, mit allen Personen, die dort vor Ort sind. Ob jetzt diese Person eine mit Migrationshintergrund ist, das ist erst einmal gar nicht so „spezifisch“ -, wir versuchen jede Person einzubinden, die etwas mit dem Quartier zu tun hat. Neben diesen Punkten kommt noch hinzu die Mitwirkung in zentralen Gremien und die Durchführung von

Workshops zur Ermittlung von Handlungsfeldern und Fortschreiben des integralen Handlungskonzeptes für die Stadtteile, wo die Problemlagen und die Handlungsfelder beschrieben sind.

Wir haben weiter die Koordinierung und Durchführung von Quartiersitzungen, bei denen alle 6 bis 8 Wochen Bewohner, aber auch Träger, die Initiativen, Vereine, Polizei, Schulen und Kitas zusammenkommen, um direkt vor Ort alles zu erörtern, die Probleme besprechen, aber auch Projekte zu beraten und dann in einem Konsens möglichst vor Ort zu entscheiden. Es dient aber auch zum Informationsaustausch, um sich an ein Netzwerk anzuschließen. Wenn Bewohner dort hinkommen, treffen sie auch die Schulleiterin, und dort wird auch das ein oder andere Thema angesprochen, genauso bei den Kitas.

Wir haben deutlich mehr Handlungsfelder und legen das immer in einem Jahr fest, wo die Schwerpunkte für das kommende Jahr liegen; und in diesem Jahr 2014 haben wir diese Schwerpunkte gewählt: das nachbarschaftliche Zusammenleben, also sowohl von Migranten als auch von Menschen ohne Migrationshintergrund, Stadtteilkultur, soziale Infrastruktur, den Ausbau von Beratungsstellen, von Initiativen, von Einrichtungen, aber auch Bildung. Bildung auch dann nicht nur für Kinder nach der Schule, sondern auch für Erwachsene. Das Wort „Niedrigschwellig“ ist vorhin gefallen: Wir schauen, wie wir mit den Bewohnern auch gemeinsam etwas erreichen können- was sind deren Bedarfe, was möchten sie - und versuchen mit ihnen dann auch Bildungsprojekte umzusetzen. Und wir versuchen auch im Wohnumfeld, im öffentlichen Raum -viele wohnen im Geschosswohnungsbau, 3 Zimmer, 65 Quadratmeter, mit vier bis fünf Kindern- etwas zu schaffen. Dort müssen Sie natürlich schauen, wie sie auch im öffentlichen Raum Flächen schaffen, die Sie mit den Bewohnern auch gemeinsam gestalten, wie Sie die Menschen heranziehen. Ich bezweifle dieses Argument, dass die Bewohner des Quartiers sich nicht beteiligen wollen, sondern glaube, dass man sie direkt ansprechen muss, sie mit einbinden muss. Wenn sie merken, dass sie etwas verändern können und etwas dazu beitragen, dass das Quartier aufgewertet wird, dann entziehen sie sich nicht.

Natürlich ist es so, wenn jetzt drei Kilometer weiter später ein Spielplatz gebaut wird, dann interessiert mich das nicht unmittelbar, wenn ich drei Kilometer weit entfernt wohne. Aber die Projekte sind aber der Haustür, die Bewohner werden mit eingebunden und informiert, das bringt auch ganz viel Wertschätzung, Anerkennung und verbessert das Image von

Öffentlichkeitsarbeit. Das Schweizer Viertel ist jetzt vielleicht nicht so sehr bekannt bei jedem und schon gar nicht, wenn jemand neu in Bremen ist, aber Tenever - oh Gott! -, wo Hochhäuser, Segregation, Armut und Kriminalität sind! Das ist ja immer die Wahrnehmung von außen. Wenn die Menschen aber dahin kommen, entdecken sie ein Netzwerk, Bewohner, die aktiv sind, die sich miteinbringen und die das, glaube ich, sehr wertschätzen, dass sie auch so mitgenommen werden.

Auf die Handlungsfelder möchte ich nur ganz kurz eingehen, sie sehen das ja auf der Folie. Die Handlungsfelder auf der rechten Seite beziehen sich auf Probleme, die wir im Quartier haben, sie werden dann im Workshop jedes Jahr festgelegt zusammen mit allen Akteuren. Wir haben Mittel, die wir für Projekte vergeben, wir haben im Jahr 2009 mit einem relativ kleinen Budget angefangen, mit 25 Prozent, 37 000 Euro, die waren dann auch schnell ausgegeben, weil viele Initiativen, Vereine und Bewohner sich auch ganz schnell auf den Weg gemacht und Projekte angeschoben haben. Mittlerweile sind wir ein 100-Prozent-Gebiet, wobei die sozialen Stadtmittel durch die vergangene Bundesregierung auch gekürzt worden sind. In diesen und in den nächsten Jahren wird das dann aufgestockt. Wir haben also ein Budget - wie Sie das unten sehen -, von circa 208 000 bis 268.000 Euro, das wir vergeben, und die dann auch gebunden werden, wir haben also am Schluss keine Mittel mehr übrig.

Aktivitäten im Überblick: das möchte ich auch nur ganz kurz erwähnen, wir haben das IEK, also das Integrierte Entwicklungskonzept, in dem wir in fortschreibenden Workshops und Quartiersforumssitzungen die Bedarfe am Ende mit den Bewohnern insgesamt ermitteln, diese dann in die Arbeitskreise übertragen, in denen auch Bewohner vertreten sind. In den Arbeitskreisen Kinder, Jugend oder auch Schweizer Viertel, wo dann auch mit dem Beirat zusammengearbeitet wird, mit den Trägern vor Ort und höhere Beteiligung insgesamt vor Ort mit den Bewohnern zusammen installiert wird, und dann versucht wird, auch die Bewohner darin einzubinden.

Zu den Netzwerken! Es geht weiter in der Programmförderung, wodurch dann Projekte entstehen um dann für sozialräumliche Maßnahmen als einzelne Projekte, die ich Ihnen gleich anhand von Bildern auch noch zeigen werde, die Räumlichkeiten zu schaffen. Es bestehen Kooperationen mit dem Klinikum, die ehemalige Wendeschleife ist bestückt worden, Beteiligungsprozesse mit jugendlichen Pflanzaktionen, Besuch politischer Vertre-

ter, die in die Quartiere kommen und schauen, wie es zugeht. Ich weiß, dass Herr Möhle einmal da war und gesagt hat, jetzt müsst ihr aber zufrieden sein mit dem, was hier so alles passiert ist, aber wir lassen nicht locker, es bringen sich immer mehr Bewohner für ihre Belange ein.

Seit etwa fünf Jahren haben wir 214 Projekte umgesetzt, das ist der aktuelle Stand ermittelt zu der letzten Quartiersforumssitzung am 15. Juli dieses Jahres. Die 214 kleinen Projekte sind beispielsweise ein Hausaufgabenprojekt für Kinder, ein Nähkurs, ein Computerkurs oder auch eine Baumaßnahme von bis zu 1 Millionen Euro. 1 Million Euro deswegen, weil wir dann schauen - wenn wir 50 000 Euro als einen Teil aus dem Gebietsbudget entnommen haben -, wie wir die anderen 950 000 Euro zusammenbekommen. Dort haben wir auch engagierte Bewohner, die sagen, dass sie das Gebäude benötigen, um ihren Kindern und Jugendlichen etwas zu ermöglichen, und um die Eltern auch einzubinden.

Zielgruppe: Menschen mit Migrationshintergrund, weil das ja auch so thematisiert wurde! Natürlich sind unsere Projekte erst einmal für alle Menschen, unabhängig von irgendeiner Religion, einem Herkunftsland und so weiter, dennoch glaube ich - was Herr Dr. Fantini auch gesagt hat -, dass man bestimmte Informationen vielleicht anders vermitteln muss, dass man die Menschen vielleicht heranzuführen muss. Man sollte nicht eine Einladung zu einer Beiratssitzung versenden mit Tagesordnungspunkten, so wie man das kennt, sondern man muss versuchen, es den Menschen näher zu bringen, vielleicht auch erst einmal Beziehungen und Kontakt aufzubauen. Wenn dann die Multiplikatoren darüber im Quartier weiter erzählen, dann wissen die Bewohner auch, wie sie sich einsetzen müssen, wo sie etwas einbringen können, wenn sie zum Beispiel Drogenprobleme im Quartier haben, weil dort irgendwelche Personen Drogen verkaufen, die Bewohner aber vielleicht nur an die Polizei denken, aber vielleicht nicht noch an weitere Vereine, Organisationen, Beirat, Quartiersforum, Netzwerke und was es dort noch an Instrumenten gibt. Man muss sie also an diese Themen heranzuführen.

Ich habe insbesondere mit einem der Multiplikatoren, die wir herangeführt haben, gesprochen. Da sind auf einmal im Beirat Migranten erschienen, die vielleicht vorher nicht so stark vertreten waren. Und dann sitzen da die Menschen mit Kopftüchern - also Kopftücher gar nicht negativ bewertet - auf einmal in einer Beiratssitzung und sagen, wir haben die gleichen Probleme wie die anderen Bürger, die keinen muslimischen Hintergrund ha-

ben. Das Heranführen und Einbinden in vorhandene lokale Strukturen wie Quartiersforen, Arbeitskreise ist wichtig. Dazu bedarf es aber auch, den spezifischen Bedarf zu ermitteln, Projekte zu initiieren und umzusetzen, nachbarschaftliches Zusammenleben zu stärken und die Bewohner wahrzunehmen und ernst zu nehmen. Glauben Sie mir, das ist Beziehungsarbeit. Ich bin von Beruf Architekt und Sozialarbeiter, ich habe auch als Straßensozialarbeiter gearbeitet, und wissen Sie, wenn Sie die Jugendlichen nicht ernst nehmen, dann können Sie machen, was Sie wollen, die Jugendlichen nehmen dann erst einmal eine Antihaltung ein. Das ist bei den Bewohnern genauso, auch sie muss man ernst nehmen, ihnen erst einmal zuhören, was sie für Probleme haben, und dann kann man auch gemeinsam mit ihnen von unten ein Quartier gestalten.

Ich glaube, wir machen das seit fünf Jahren ziemlich gut, sodass die Menschen in interkulturelle Tagungen eingebunden sind. Sowohl für Migranten als auch für Nichtmigranten passiert hier ganz viel. Man kennt sich ja auch teilweise nicht, viele Menschen wollen sich austauschen, können das aber nicht, weil sie den anderen nicht verletzen oder ärgern möchten. Ich glaube, das Wichtigste ist es, mit den Menschen zu sprechen, sie ernst zu nehmen, als Ansprechpartner vor Ort zu sein, und dann vielleicht auch zu sagen, in Ordnung, wenn ich es nicht regeln kann, dann kenne ich aber jemanden, der das kann, und ich schicke die Personen dort hin und gebe die Informationen weiter.

Jetzt komme ich zu den Projektbeispielen. Bei fehlender auf das Quartier bezogene Infrastruktur, sind jetzt drei Projektbeispiele aufgeführt. Wir haben einen Bewohnertreff, der nicht so schön aussieht. Eine Wohnungsbaugesellschaft, die nicht sehr viel macht, hat mir aber in diesem Fall angeboten und gesagt, ich könne diese Räumlichkeiten nutzen und in den Räumen mein Quartiersbüro einrichten. Dann habe ich erwidert, das wäre nicht so gut im Zusammenhang mit einer Wohnungsbaugesellschaft, die nicht so viel unternimmt, ich könnte es aber vielleicht den Bewohnern zur Verfügung stellen. Das Foto ist ein wenig schwach, aber Sie sehen darauf ältere migrantische Frauen mit Kopftuch und rechts ältere deutsche Bewohner, die auch in diesem Quartier leben. Sie treffen sich jeden Donnerstag gemeinsam zum Kaffee, feiern Weihnachten und das Iftarmahl zusammen. Da gibt es ganz viele Berührungen und Möglichkeiten.

Ein weiterer Bedarf war es, Räumlichkeiten zu bekommen, in denen die Bewohner sich treffen können, Projekte und niedrigschwellige Angebote annehmen können. Diese von

der GEWOBA - die nenne ich, da es eine gute Wohnungsbaugesellschaft ist, die sehr viel bei uns im Quartier unternimmt und sehr viel Geld einbringt, das ist auch immer ganz wunderbar - zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten zu einem relativ günstigen Preis, wo wir das DRK als Hauptmieter haben und dann alles versucht haben, was den Bewohnern weiterhilft in einer Beratungsfunktion. Damit sie sich vielleicht auch informieren lassen, haben wir diese einzelnen Träger, Vereine, Projekte dort eingebracht. Sie sind dann stunden- oder tageweise da und können diese Räumlichkeiten für einen halben Tag für fünf Euro nutzen. Ungefähr 140 Quadratmeter stehen dort zur Verfügung.

Ein weiteres Projekt, das ich vorhin auch erwähnt habe, ist der Neubau des Spiel- und Jugendhauses, da haben sich definitiv Eltern stark gemacht, sie haben fast schon demonstriert, denn das Spielhaus stand etwas auf dem Prüfstand, weil es auch ein Kostenfaktor ist. Da haben ganz viele Menschen mitgeholfen und mitgemacht, wir hatten auch immer wieder Bewohner, die mir gesagt haben: Wir benötigen das Spiel- und Jugendhaus, wann kommt es, wird das Haus überhaupt noch gebaut? Es hat ungefähr vier bis fünf Jahre gedauert, bis wir jetzt wirklich mit dem Projekt beginnen können. Sie sehen rechts den Bauzaun, das ist jetzt schon abgerissen, und der Neubau wird langsam realisiert. Hier ist im Vorfeld ganz viel Bürgerbeteiligung auch mit den Kleinsten machbar, denn letztendlich werden sie auch größer und irgendwann zu den Bewohnern des Quartiers und bringen sich mit ein. Wenn ich schon im Kindesalter Kontakt mit den Kindern habe, dann weiß ich, dass sie im Jugend- oder Erwachsenenalter auch mit mir Kontakt halten werden, und auch als Eltern sich mit einbringen können. Das wird jetzt entstehen.

Zum Thema Gestaltung von Spielplätzen, Herr Dr. Güldner, nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Sie jetzt zitiere, aber das Projekt „Stiftung Wohnliche Stadt“ wurde ja erst einmal zwei Jahre ausgesetzt, das war für uns ein wirklich wichtiges Instrument, auf das wir immer wieder zurückgreifen konnten,

(Abg. Dr. Güldner: Es gehen zu wenige ins Spielcasino!)

mit dem Budget hatten wir außer mit der „Sozialen Stadt“ noch eine zusätzliche Möglichkeit, solche Projekte noch einmal voranzubringen. Das ist jetzt gar nicht böse gemeint. Zwei Jahre ruht es jetzt, danach soll es aber ja wieder weitergehen. Sie sehen also, wo sich Migranten in ihrem Wohnumfeld einbringen, mitgestalten. Unten ist ein anderes Bild,

das war ein anderer Spielplatz, und das oben ist jetzt der erste Bauabschnitt, der realisiert wird, wo wir wirklich weiterkommen. Aber die Impulsmittel und die Stiftung Wohnliche Stadt waren für uns von zentraler Bedeutung, weil wir in den Quartieren vor Ort sonst zu lang sparen müssen, um wirklich solche Projekte umsetzen zu können.

Ein weiteres Projekt ist der Mehrgenerationenplatz, wo wir jetzt mit dem Klinikum, den Bürgern und Jugendlichen heute Abend um 18 Uhr den ersten Workshop und am Donnerstag mit Senioren, Älteren, Jüngeren und Kindern einen zweiten Workshop veranstalten, in denen wir das neu aufbauen. Eine Idee gibt es schon, in welche Richtung das gehen könnte, aber wir wollen die Bürger erst einmal beteiligen und dann sehen, was von den Ideen vielleicht realisiert wird.

Ein weiteres - ich beeile mich jetzt - Projekt ist die ehemalige Wendeschleife, heute Marktplatz Osterholz, wo wir ganz viele Kontakte auch mit verschiedenen Ressorts, wie Bau-, Umweltressort, Soziales, Bildung hatten. Alle Beiräte, haben mitgewirkt, und alle haben geschaut, viele Nachbarn mitzubringen, damit das Projekt weiter verbreitet und versucht wird, alle Menschen einzubinden. Hier sind noch einige Bilder, so soll es einmal irgendwann aussehen. Der vordere Teil ist schon realisiert, das Gebäude könnte irgendwann so aussehen, dabei sind wir noch, dafür benötigen wir noch einen möglichen Investor mit viel Geld, aber dort könnte vielleicht auch die ein oder andere soziale Einrichtung entstehen, vielleicht eine Teilbibliothek, ein Sozialzentrum, ein Amt für Soziale Dienste, Polizei, alles das könnte in dieses Haus integriert werden.

Als dritten Punkt, und dann komme ich auch langsam zum Schluss: Workshops und Beteiligungsprojekte werden bei uns ganz groß geschrieben, Sie sehen in unseren Foren, da sind immer viele Menschen beteiligt aus unterschiedlichen Herkunftsländern, aus Deutschland, aus allen Ländern. Wir machen dort auch überhaupt gar keine Unterschiede.. Ich nenne einmal ein Beispiel: Da ist ein Beiratsmitglied, das fragt: Aus welchem Land kommen Sie denn, Sie sprechen ja so gut deutsch, wie viele Jahre leben Sie hier? Dann ist völlig klar, wenn diese Person nicht unbedingt geschätzt wird, dann hat sie dazu keine Lust mehr und fragt sich, warum sie denn dahingehen soll, die machen mich ja sprachlos, warum ist das solch eine interessante Frage, genauso wie: Sind Sie muslimisch? Oder, wenn eine Frau mit Kopftuch kommt, zu fragen, warum sie denn das Kopftuch trägt. Diese Formulierungen, wie ich mit bestimmten Situationen umgehe, müssen in einem geschütz-

ten Rahmen passieren, und ich als Quartiersmanager oder auch andere Quartiersmanager achten darauf, dass auch die Bewohner ernst genommen werden, dass sie dort nicht diskriminiert oder ausgegrenzt werden.

Wir haben noch viele Projekte im Streetworking-Bereich, wir unternehmen Bremen-Nord-Spaziergänge für ältere Menschen, bei denen auch viele Migranten dabei sind. Zu erwähnen ist auch das Zentrum für interkulturelle Studien aus Gröpelingen, die jetzt bei uns auch Gesprächskreise für Migranten anbieten, aber wir unternehmen auch Fachtage, bei denen wir mit Migranten und Nichtmigranten zusammenkommen und uns austauschen, um uns unsere gegenseitigen Lebenswelten zu erklären und darzustellen. Daraus bilden sich Freundschaften: diese Damen auf dem Bild unten sind jetzt Freundinnen und treffen sich, trinken Kaffee und tauschen sich über ihre Probleme aus, und die kannten sich vorher nicht. Und natürlich finden bei uns auch bunte Feste statt. Sie sehen also, es ist immer viel los, immer bunt, ein schöner Stadtteil. Hier unten, das war im Jahr 2011, da haben wir ein Iftar-Mahl gemacht, das kann man leider auf diesem Bild nicht genau erkennen, weil das alles sehr klein ist, aber da waren auch ganz viele Deutsche und Nichtmuslime unter den Gästen, die natürlich auch Interesse daran haben, zu erfahren, was passiert und warum gefastet wird. Wenn die da hinkommen, sich kennenlernen und dann später wieder auf der Straße begegnen, ist das natürlich ein ganz anderer Umgang.

Natürlich haben wir auch Probleme, wir haben auch Konflikte, keine Frage, aber wir schauen, dass wir mit solchen Projekten viel anschieben. Das ist das Fest aus dem Jahr 2014, bei dem ganz viele Migrantinnen, die nenne ich jetzt mal speziell, mitgemacht haben. Hier also auch weitere Projektbeispiele zur Prävention gegen Armut.

Aber ein Thema, das hat Herr Dr. Luft auch angesprochen: wir haben schon Wohnungsbaugesellschaften, die uns das Leben nicht ganz einfach machen. Wenn Sie an einer Straße langgehen, wissen Sie genau, welche Wohnungsbaugesellschaft in dieser Straße vertreten ist. Wenn von den Dächern der Regen herunterkommt, die Wände feucht sind, dort Kinder mit alleinerziehenden Müttern leben, die Wände Schimmel haben und alle das so hinnehmen, weil wir haben einen Wohnungsbaumangel haben - dann ist schon ein Thema, gerade bei uns im Quartier. Hier sitzt ja auch die Gruppe, die sich immer für die Mieter stark gemacht hat. Wir haben 350 Einheiten der Vitus-Gruppe, wir sagen immer wieder, dass das gemacht werden und saniert werden muss, damit nicht schon eine Seg-

regation vor der Haustür passiert. Es heißt nämlich, weil wir eine heterogene Bebauung haben, dass die, die in den Reihenhäusern leben, von denen in den Mehrfamilienhäusern sagen: dort leben die Armen. .Stigmatisierung passiert also auch dort. Deswegen ist es von zentraler Bedeutung, glaube ich, dass die Wohnungen in so einem Quartier auch in Ordnung sind, das ist meiner Meinung nach einfach ein Muss.

Wir haben aber auch ganz tolle Sachen. Als der Bundespräsident nach Tenever kam und mit Bewohnern in Kontakt gekommen ist, haben die ihn dort auch ganz herzlich begrüßt, wie ihn von uns wahrscheinlich noch niemand begrüßt hat. Sie haben ihn umarmt und geküsst, das war schon einschneidend.. Die Bewohner sind aber auch ins Schloss Bellevue eingeladen worden und das ist natürlich klasse - eine ungeheure Wertschätzung !

(Beifall)

Abg. Dr. vom Bruch: Ganz herzlichen Dank für diesen Beitrag! Ich finde, immer dann, wenn man durch den Großbereich Osterholz fährt, kann man mit den Händen greifen, dass dort in den letzten Jahren unglaublich viel Positives passiert ist. Ich sage immer, wenn ich das Geheimnis dieses Stadtteils, der sich ja auch zugegebenermaßen - das ist meine persönliche Auffassung - in mancherlei Hinsicht von anderen regionalen Bereichen hier in unserem Bundesland, in unserer Stadt unterscheidet, charakterisieren soll, dann sind das immer zwei Dinge. Das eine ist, was Sie hier in Ihrem Vortrag auch zum Ausdruck gebracht haben, ein ganz eigenartiger aber positiver Stolz, der in diesem Stadtteil vorherrscht, und das andere ist das Gefühl, das in diesem Stadtteil auch mit Händen zu greifen ist, dass dort die Menschen an einem Strang ziehen und willens sind, es gemeinsam zum Besseren zu wenden, und das ist ihnen in den letzten Jahren, meine ich, auch großartig gelungen, unter den Aspekten, die Sie genannt haben, dem positiven Wirken, zumindest habe ich das herausgehört, einiger Wohnungsbauunternehmen. Nicht zuletzt darf man ja auch sagen, die positiven Beispiele in Bezug auf Schulen, die vorhin schon gefallen sind, das ist ja nicht ganz zufällig, dass diese Schulen in Ihrem Vortrag, Herr Dr. von Fantini vorgekommen sind, eben auch in diesem Bereich angesiedelt sind. Insofern ist das tatsächlich ein Bereich, in dem man im positiven Sinne viele Erfahrungen herauslesen kann, und das haben Sie in Ihrem Beitrag, wie ich finde, auch ganz eindrucksvoll zur Sprache gebracht. - Herzlichen Dank dafür!

Ich würde gern die Fragerunde eröffnen und jetzt vielleicht einmal aus der anderen Richtung kommen. - Frau Dr. Kappert-Gonther, anschließend Frau Vogt, dann Herr Möhle!

Abg. Frau Dr. med. Kappert-Gonther: Das ist keine Frage, das wird aber auch kein Ko-Referat. Das ist eine ausdrückliche Würdigung, weil ich diese Verknüpfung so schön fand, dass Herr Dr. Fantini gesagt hat, raus aus der Deklassierung ! Das eine ist die materielle Armut, aber das andere ist die Anerkennungsarmut, so habe ich Sie verstanden. Herr Dr. Güldner fragte ja, wie wir das überhaupt mit dem Empowerment auch als Profilaxe für Gesundheitspräventionen in Tenever gemacht wird. Mich hat vor allem das Bild mit dem kleinen Kind beeindruckt, was die Zettelchen malt, als es um dieses eine Projekt ging. Da habe ich die Verknüpfung bemerkt und gedacht, das ist der Weg, den wir meiner Meinung nach weitergehen müssen, das ist Empowerment und ein wirkliches Herausholen aus der Stigmatisierung. Das finde ich ausgesprochen hervorragend.

Abg. Dr. vom Bruch: Frau Vogt, bitte sehr!

Abg. Frau Vogt: Ich möchte einmal vorwegnehmen, auch das hatten wir schon in der letzten oder vorletzten Sitzung, dass das, was im Bremer Westen oder auch in Tenever und jetzt im Schweizer Viertel passiert ist, nicht ganz kostenfrei passiert, sondern mit Ressourcen, die wir sonst in der Grohner Düne oder im Kattenturm hätten. Ich habe deswegen zwei, drei Fragen, die Sie vielleicht beantworten können oder bei denen Sie uns weiterhelfen können:

Gibt es schon Studien oder direkte Hinweise zur Wirkung, die das neue WiN-Gebiet oder Quartiersmanagement auf den Arbeitsmarkt haben, vielleicht ist das auch kleinräumig erfahrbar, insbesondere für die Zukunftsperspektiven für migrantische Jugendliche. Wir wissen, dass zum Beispiel die Abiturquote in Tenever etwas höher ist als in Lüssum oder Gröpelingen. Eine zweite Frage zu den Müttern mit Migrationshintergrund in den Stadtteilprojekten: gibt es da ähnliche Projekte wie die Stadtteilmütter in Berlin, die sich ganz gezielt um die Mütter von vor allem jugendlichen Kindern kümmert und sie mit in die Armutsprävention einzubeziehen versuchen? Die dritte Frage wäre eigentlich eher noch eine ganz praktische: gibt es Möglichkeiten, hinsichtlich der Segregation im außenpolitischen Raum mehr Druck zu machen, was die privaten Wohnungsbaugesellschaften betrifft ?

Abg. Möhle: Jetzt habe ich mich erst einmal selbst auf die Redeliste gesetzt. Erst einmal wollte ich noch ganz kurz sagen, dass ich nie gesagt habe, jetzt sei einmal genug. Wir haben damals um das Spiel- und Jugendhaus ziemlich gekämpft und ich weiß, dass wir dort sehr viele Gespräche geführt haben. Da war einmal der Punkt, wo man gesagt hat, jetzt nicht gleich das nächste Projekt, weil es auch andere Stadtteile gibt. Nur um das noch einmal an dieser Stelle zu sagen.

Ich glaube, eines der größeren Probleme ist tatsächlich der Wohnungsbestand. Wir sind ja dort vor Ort schon einmal durch einige dieser Wohnungen gegangen, und das ist, glaube ich, tatsächlich unzumutbar. Ich bin mir nicht sicher, ob wir diesbezüglich nicht noch einmal eine ganz andere Initiative starten müssen, um das abzustellen, aber das muss man, glaube ich, an dieser Stelle in der Tiefe nicht diskutieren. Was mir aber an Ihrer Arbeit auffällt, um das auch einmal zu sagen, ist natürlich, dass es ganz stark von denjenigen geprägt wird, die diesen Posten des Quartiersmanager oder -managerin innehaben, ob sie den Zugang zu den Bürgerinnen und Bürgern haben oder nicht. Das ist nicht einfach nur eine Stellenbeschreibung und dann, mach einmal, sondern man muss richtig schauen, wer dafür geeignet ist, und manchmal bin ich nicht ganz sicher, aber ich habe gelegentlich den Eindruck, da benötigt man ganz bestimmte „Typen“ dafür - das ist durchaus positiv gemeint -, die eine Offenheit gegenüber dem Stadtteil entwickeln können. Bei dir kann ich das deutlich erkennen, aber nicht in allen Quartieren. Darüber müssen wir noch einmal nachdenken, wie man das tatsächlich hinbekommt, das entsprechend voranzubringen.

Das war jetzt auch keine richtige Frage, aber ich wollte unbedingt noch einmal loswerden, dass ich nicht einfach gemeint habe, dass dort genug passiert wäre, damit das nicht falsch verstanden wird.

Jetzt hatte sich hier vorn noch jemand gemeldet.

Abg. Dr. vom Bruch: Jawohl, wobei sich das bei den hervorzuhebenden Persönlichkeiten auch mit auf die Vorgänger bezieht. Insofern gibt es auch vor diesem Hintergrund eine positive Kontinuität, wenn ich das aus meiner Perspektive sage. In Ordnung, jetzt haben Sie, Herr Ording, das Wort!

Herr Ording: Zunächst werde ich ganz gern noch einmal den ersten Satz von Herrn Möhle bekräftigen, das würde ich auch ganz stark in den Vordergrund stellen. Ich muss das noch einmal ganz konkret den Herrn Tasan fragen, und zwar haben Sie vorhin gesagt, in einem bestimmten Zusammenhang müsse dann erst einmal angespart werden, was heißt das ganz konkret, wenn gespart werden muss? Was wird dann wie und wo gespart?

Herr Tasan: Ich antworte direkt darauf und dann komme ich zu Ihnen Frau Vogt, wäre das in Ordnung?

Wenn das ein teureres Projekt ist, und meistens sind Bauprojekte relativ teuer, jedenfalls konjunkturbedingt, muss man für ein Bauwerk, das den Bewohnern zur Verfügung gestellt wird, schon eine große Summe in die Hand nehmen. Meistens sind die Töpfe aber nicht so reichhaltig, dass ich sagen könnte, ich habe für das Gebäude 1 Millionen Euro und jemand sagt, ich kann das investieren. Deswegen müssen wir dort immer mit kleinen Häppchen sozusagen schauen, wie wir das eine und das andere zusammenbringen, also im Quartiersbudget oder in der Planung sparen, schauen welche Fördertöpfe es gibt oder welche Stiftungen etwas dazu beitragen könnten, um die Mittel für dieses Bauvorhaben zusammenzubekommen, das meinte ich mit sparen.

Natürlich muss man aber auch, wenn ein Bauvorhaben länger dauert, damit rechnen, dass es auch teurer wird.

Zu Frau Vogt kann ich sagen, dass es die Evaluation und das Monitoring gibt, das die einzelnen Quartiere auch noch einmal sichtbar macht, inwieweit dort eine Vorwärtsentwicklung stattgefunden hat. Für das Schweizer Viertel kann ich sagen, dass dort seit fünf Jahren schon positive Veränderungen wahrgenommen wurden, auch in der Auswertung. Darüber hinaus haben wir diese Fortschreibung des IEKs, wo wir als Quartiermanager die Problemlagen haben, dann die Projekte daraufhin auch im Hinblick auf die Dringlichkeit gestalten und dann gibt es alle fünf Jahre die Auswertungen dazu. IEK bedeutet übrigens Integriertes Entwicklungskonzept, in anderen Quartieren heißt das Handlungskonzept.

Zu Projekten mit Müttern und Jugendlichen unternehmen wir präventiv natürlich etwas im Drogenbereich, dort wurde etwas über einen Träger angeschoben. Darüber hinaus entwickeln wir aber auch etwas mit den Bewohnern. Die Mütter kommen dann zu uns oder zu

mir und sagen zum Beispiel, dass sie ein Bewegungsangebot machen möchten. Man könnte sie dann einfach an den Sportverein um die Ecke verweisen, aber bestimmte Zielgruppen muss man erst einmal an einen traditionellen Sportverein heranzuführen.

Das sind Gruppen mit einer Betreuung, einem geschützten Raum, für - ich sage das einmal vorsichtig - übergewichtige Frauen, die nicht unbedingt sofort auf einen Streckbarren gehen. Die muss man langsam heranzuführen an diese Thematik, und dann aber auch gleichzeitig Informationen und Wissen über Ernährung vermitteln, denn es reicht nicht, nur einmal die Woche eine Stunde Sport zu machen. Wir haben also eine Kombination entwickelt, auch mit dem Landessportbund, in der Sportangebote gemacht werden für Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, also für beide Gruppen, und die sind dort auch beide vertreten. Anschließend nach dem Sport ist es dann wie in der Schule und wir thematisieren das im Nachbartreff und was sie gesundheitlich verbessern können.

Frau Vogt: Wie steht es dann dabei mit den migrantischen Vorbildern ?

Herr Tasan: Ja, auf jeden Fall, die haben wir! Ich gebe Ihnen ein Beispiel dazu, dann wird auch deutlich, was ich vorhin mit den Multiplikatoren meinte. wir haben eine Frau Ümian Sogan heißt sie, sie ist Zahnarztassistentin und hat drei Kinder bekommen und wollte sich engagieren, wusste aber nicht wirklich wie. Heute muss ich sie nur anrufen und sagen kannst Du helfen und schon haben wir da einen Kurs mit 20 Personen. Beim Sportkurs hat die Trainerin gesagt, wenn 15 Personen kommen, dann sind wir schon ganz gut dabei, und es standen dann 40 Frauen vor der Tür, die Sport machen wollten. Das Sportangebot musste dann geteilt werden, und es mussten zwei Kurse angeboten werden.

Zu der letzten Frage bezüglich der Wohnungsbaugesellschaften oder den Wohnungsbaubestand: Das ist natürlich unsere zentrale Forderung, und das wollen wir auch nicht locker lassen, dafür machen wir uns stark, dafür machen sich die Bewohner stark. Jetzt hat oder will die Deutsche Annington die Wohnungsbaubestände aufkaufen, sie ist in der Vertragsverhandlung, im vierten Quartal soll das alles über die Bühne gehen. Die Situation wird sich aber nicht verbessern, sie sagen zwar, sie machen ganz viel, auch in den Quartieren, in der Tageszeitung „DIE WELT“ sind sie auch abgelichtet, unter dem Motto, sie unternehmen jetzt etwas in den benachteiligten Quartieren, aber reell passiert relativ wenig. Ich wünsche mir diesbezüglich auch von der Politik, -inwieweit das möglich ist, weiß ich nicht,

dafür bin ich kein Jurist- dass man mehr Forderungen aufstellt, wenn die Wohnungsbau-
gesellschaften kommen.

Sehen Sie, wir versuchen so viel Bürgerbeteiligung mit den Mitteln des Programms „Soziale Stadt“ zu bekommen, das sind ja auch alles öffentliche Gelder, die dort investiert werden, aber auf der anderen Seite kommt Kapital von Gesellschaften aus Bochum, London oder wo auch immer her, und greift in das Wohnungsbauunternehmen ein. Die partizipieren von einer super Infrastruktur, die wir aus Bremen dort entwickeln. Darüber hinaus sind auch noch die SGB-II-Empfänger in diesen Wohnungen. Ich wünsche, dass wir dort irgendwie eine Möglichkeit finden, wie man die Wohnungsbaugesellschaften miteinbindet und sie mit in die Quartiere, zumindest in die Sanierung und Instandhaltung, investieren.

Zu Herrn Möhle: Das war nicht böse gemeint, ich dachte nur, ich könnte das noch einmal kurz erwähnen.

Abg. Dr. vom Bruch: Das hat er auch nicht so verstanden, denke ich.

Herzlichen Dank! Wenn es jetzt keine weiteren Wortmeldungen gibt - und die sehe ich nicht -, würde ich gern überleiten auf unseren letzten Beitrag, der ebenfalls eher aus der Praxis kommt, sage ich jetzt einmal etwas unprofessionell, aus der Sicht von Betroffenen und Beteiligten. Ganz herzlichen Dank, dass Sie da sind, Herr Bagarkasi - wenn ich das jetzt einigermaßen richtig ausgesprochen habe, wäre ich stolz, ich ahne, dass das nicht der Fall ist, vielleicht korrigieren Sie mich eingangs kurz! - Sie haben das Wort! - Herzlichen Dank, dass Sie da sind.

Herr Bagarkasi: Herzlichen Dank! Ich weiß, es ist eine recht sportliche Herausforderung am späten Nachmittag als letzter Redner und dann auch noch mit einer halben Stunde Verzug, noch irgendwelche Inhalte herüberzubringen, aber ich stelle mich erst einmal dieser sportlichen Herausforderung. Es hat auch Vorteile, der Letzte zu sein, ich konnte viel streichen, was die anderen Redner schon erwähnt haben und brauche darauf gar nicht mehr eingehen.

Ich möchte mich im Namen des Bremer Rats erst einmal für diese Einladung bedanken. Der Bremer Rat für Integration ist ja ein Gremium, das von der Bremischen Landesregie-

rung einberufen oder gegründet wurde, damit es die Bremische Landespolitik in der Integrationsarbeit berät und begleitet. Deswegen ist die Definition meiner Rolle –Praktiker oder Nichtpraktiker, Politiker oder Nichtpolitiker- eher schwierig, es kommt aber auch gar nicht darauf an.

Ich möchte mich hier gern erst einmal kurz vorstellen. Mein Name ist Ibrahim Bagarkasi, meine Eltern haben, glaube ich, im Jahr 1967 gesagt, wir verdeutschen unseren Namen, damit wir einfach einmal nicht so viele Schwierigkeiten damit haben, denn darin kamen zwei Buchstaben vor, die die deutsche Tastatur in den deutschen Behörden und Ämtern einfach nicht vorsah. Sie werden sich wundern, die Kommunikation mit Behörden und Ämtern wurde danach wesentlich leichter.

Ich bin seit dem Jahr 1996 mit einer dreiviertel Stelle beim Deutschen Roten Kreuz Kreisverband in Bremen als Referent für Jugendverbandsarbeit, also in einer nicht migrantenspezifischen Arbeitswelt tätig, das wollte der Kreisverband damals auch so, er wollte ein Signal setzen und ein Vorbild sein und nicht dieses Bild, dass Ausländer nur mit Ausländern arbeiten, Migranten nur mit Migranten und Deutsche nur mit Deutschen, bestätigen. Das war das Ziel des Kreisverbandes, ich hoffe es ist ihnen gelungen und ich konnte das positiv ausführen.

Seit dem Jahr 2009 arbeite ich mit einer halben Stelle für die St. Petri Kinder- und Jugendhilfe, die hier in der Diakonie sitzt, als Migrationsberater für erwachsene Zuwandererinnen und Zuwanderer. Das ist ein langer Titel, es ist ein Programm des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und ich berate dort erwachsene Migrantinnen oder Migranten, Neuzuwanderer oder Migranten mit Integrationsnachholbedarf und so weiter.

Ich wiederhole einige Begrifflichkeiten, um einfach noch einmal deutlich zu machen, in welchen Rollenfunktionen und Begrifflichkeiten Migranten stecken. Ich habe mit meiner Migrantenkarriere in den letzten 46 Jahren - vor 46 Jahren bin ich hergekommen - die Begrifflichkeiten Gastarbeiterkind, Ausländer in der zweiten Generationen und Bürger mit Migrationshintergrund hinter mir und neuerdings heiße ich Mensch mit Migrationsgeschichte, eine Rollenzuschreibung, in der es immer wieder schwierig ist, sich zurechtzufinden.

Genug der Vorstellungsrunde, nun komme ich einmal ein wenig mehr zu Thema. Ein ganz großes Thema war für uns überall natürlich die Weltmeisterschaft. Wir sind jetzt endlich Weltmeister, meinen Glückwunsch, es war ja nicht unverdient, und wir haben alle gemeinsam gefeiert. Warum erwähne ich das jetzt? Ich hatte, nach dem wir den Pokal gewonnen hatten, ganz viel Angst. Ich dachte, jetzt werden alle Özils und alle Khediras von der Kanzlerin umarmt und als die Musterexemplare von Migranten vorgeführt und Vorbildfunktionen definiert und gesagt, auch der Migrant kann es bis in die Champions League oder Weltmeisterschaft schaffen. Das Problem ist allerdings, dass wir nicht alle Superstars sind. Es ist relativ realitätsfremd, wenn sich Regierungen mit so etwas brüsten.

Warum komme ich jetzt darauf? Es ging ja um Vorbildfunktionen, wo gibt es Vorbildfunktionen? Mir ist irgendwann einmal ein Datenreport des Statistischen Bundesamts aufgefallen, in dem so nebenbei ein Satz stand, bei dem ich aus dem Bauch heraus sagte: Ja, die haben eigentlich recht. Darin stand: „Insgesamt befinden sich Personen mit Migrationshintergrund im unteren Bereich der Berufshierarchie. Gerade ab der mittleren Angestelltenposition sind sie deutlich unterberücksichtigt, ganz stark im öffentlichen Dienst.“ Ich bin scherzhafter Weise einmal so ein wenig die politische Verwaltung, die ich nicht ganz so intensiv wie Sie kenne, und die Struktur in den Behörden durchgegangen, und ich habe wenig bis gar keine Menschen ab der mittleren Führungsebene gefunden, die einen Migrationshintergrund haben. Ich habe nur einen Staatsrat gesehen, der einen Namen hat, der eventuell auf einen Migrationshintergrund deuten könnte, aber ob er einen Migrationshintergrund hat, das weiß ich nicht. In diesen Bereichen gibt es auch eine Vorbildfunktion.

Ich würde jetzt gern nicht auf den Armutsbegriff eingehen, das haben andere schon vor mir gemacht. Ich muss nur eines sagen: für mich zählt, um nicht arm zu sein, ein Wohlbefinden und eine Orientierung, dort wo ich lebe. Ohne die würde ich mich wahrscheinlich, abgesehen von Brot und Existenz, auch noch ein Stück ärmer fühlen. Wie komme ich darauf? Ich möchte Ihnen einfach einmal ein kleines Beispiel nennen: Im Rahmen meiner Jugendverbandstätigkeit kam eine Mutter auf mich zu und sagte, sie würde die Welt nicht mehr verstehen, sie sei alleinerziehende Mutter von drei Kindern, hab einen Job trotz ergänzender Leistungen, das eine Kind sei in einer Ganztagschule, in der Ganztagsbetreuung der Grundschule, das andere Kind sei im Hort und das dritte Kind in einem Betreuungsprojekt - diejenigen, die mir jetzt wirklich die Unterschiede zwischen diesem Betreuungsmodellen sagen können, sind gut, diese Frau konnte es mir nicht sagen, wahrschein-

lich gibt es dort auch noch unterschiedliche Eigenanteile -, und sie war völlig irritiert. Das spannende daran ist, dass diese Frau nicht Aische, Kaplan und so weiter, sondern Sabine mit Vornamen hieß. Für mich ist dann natürlich die Frage in einem Stadtteil, wenn Menschen der Sprache mächtig sind, aber wenig Orientierung haben oder Strukturen nicht verstehen, um sich orientieren und adäquate Hilfe holen zu können - vorhin wurden Handreichungen und so weiter genannt -, wie sollen diese Menschen Strukturen verstehen und sich dabei wohlfühlen ?

Ich gestehe, als ich hier herkam, wusste ich nicht, was mich hier erwartet. Mir ging es nicht gut dabei, weil ich nicht wusste, was mich hier an Struktur erwartet, und so ähnlich geht es vielen Menschen in den Stadtteilen. Es gibt in den Stadtteilen etliche Angebote, die ähnliche Felder abdecken, aber aufgrund von Zuwendungsgeschichten, Finanzierungstöpfen, Trägereitelkeit und so weiter unterschiedliche Namen haben trotz desselben Ziels oder unpassend platziert sind. Viele haben in den Stadtteilen wahrscheinlich ihren Sinn, aber für viele Migranten sind viele Projekte, die gut gemeint sind, oft nicht nachvollziehbar, weil sie die ganzen Unterschiede nicht verstehen. Deswegen wäre meine Forderung, einfach mehr Entscheidung über Projekte und Maßnahmen in die Stadtteile hinein zu delegieren und denen zu überlassen, weil die Kollegen dort wissen, was für Projekte wirklich gebraucht werden..

Nun komme ich schon in den Bereich der Forderungen, weil ich dann nicht mehr der Praktiker bin, sondern der Vertreter des Bremer Rats, der gern auch einige Forderungen stellt. Eine Forderung von mir ist: es gibt in der politischen Landschaft die Diskussion der Ausbildungsgarantie, für mich eine sehr positive und gute Initiative, obwohl ich sie in der Praxis immer noch nicht genau verstanden habe. Wir haben ganz viele Probleme in unserer Beratung, wenn wir mit den Eltern sprechen, ihre Kinder sind in einem Berufsorientierungsprojekt, in einem Orientierungsprojekt, in einem Vorbereitungsobjekt, immer wieder in irgendwelchen Projekten und haben letztendlich noch keinen Ausbildungsplatz-Probieren Sie einmal, einem arabischen Vater zu erklären, dass sein achtzehnjähriger, erwachsener Sohn zur Schule geht, das ist wie eine Ohrfeige ins Gesicht. Wenn ich ihm sagen würde, der studiert, der lernt jetzt, wie man Autos repariert und so weiter, dann hätte er, glaube ich, einen anderen Zugang dazu, aber Schule hört eigentlich mit 15 oder 16 Jahren auf, dann wird man erwachsen.

Eine Forderung wäre, das wirklich genauer zu formulieren, was die Ausbildungsgarantie ist. Es gibt in einigen Betrieben Projekte wie: „Jeder dritte Ausbildungsplatz dem Schlechtesten“! Das finde ich ganz positiv, die reagieren auf so etwas, bei dem Beruf sagen die, jeden dritten Ausbildungsplatz bekommt der Schlechteste. Warum schafft man es nicht, auf dem Ausbildungsmarkt Arbeitgeber und Jugendliche in Schulen zusammenzubekommen und Erfolgsmerkmale zu setzen, etwa in der Art, dass die Arbeitgeber sagen: „Wenn du, XY, das Berufsvorbereitungsjahr mit Erfolg bestehst, ist hier dein Vorvertrag für deinen Ausbildungsplatz!“ Das wäre eine Perspektive, das wäre ein Reiz für viele Jugendliche, um wieder in den ersten Ausbildungsmarkt hineinzukommen.

Ich sehe auf die Zeit, ich fasse mich jetzt ganz kurz! Was wir uns wünschen, ist der Ausbau von intensiver Sprachförderung von Kindern in der Kita und Grundschule. Ich sehe zwei Stunden Förderung in der Woche bei vielen Kindern nicht als ausreichend. Es wäre auch einmal schön, wenn es eine wissenschaftliche Studie oder Gleichung darüber geben würde, wie sich die Kurse wirklich auswirken. Es gibt auch in der Grundschule Projekte, die Wissenschaftler nennen das eine Langzeitstudie, die initiiert werden, und dann wird man in fünf bis sechs Jahren anhand des Zahlenmaterials sagen können, ob diese Kurse wirklich etwas bringen. Wir wünschen oder fordern flächendeckende Sprachkurse für Flüchtlinge, denn Sprache ist ein Zugang. Wir wünschen und fordern stadtteilnahe, intensive Sprachkurse für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, dazu gesicherte und planbare Aufenthaltstitel. Denn wie soll ich, wenn ich nur eine Duldung habe, eine Zukunft planen?

Eine zentrale Forderung ist die Ausbreitung von multifunktionalen Beratungsbüros in den Stadtteilen. Das heißt, dass in den Stadtteilen Pools von Migrationsberatung, Arbeitsberatung, Menschen aus der Jugendhilfe und so weiter zusammengesetzt werden, sodass die Migranten dort bei einer niedrigschwelligen Beratung anfangen und bis hin zu einer ressourcenorientierten Entwicklung begleitet werden können. Warum sage ich das? Ich habe bei meiner Arbeit in den letzten fünf Jahren die Erfahrung gemacht, dass sich die Menschen über Vertrauen, Hilfe und Verstehen geöffnet haben und dann mit ihren anderen Problemen gekommen sind. Ich habe viele Klienten, die vor zwei, drei Jahren hergekommen sind und sich von mir nur ihren SGB-II-Antrag ausfüllen lassen. Das Wort „nur“ würde ich gern streichen, denn viele würde gar nicht verstehen, was darin steht. Im Laufe der Zeit entwickelt sich dann etwas. Ich glaube, viele Migranten benötigen solche Strukturen dort,

wo sie orientierungslos sind, Anlaufstellen, denen sie vertrauen, bei denen sie sich anlehnen können und - wie wir im Jugendjargon gern sagen - die Hose herunter lassen.

Wir würden uns mehr Beratungsstellen für Zuwanderer aus Südosteuropa wünschen, die die es momentan gibt, sind nicht ausreichend. Die Beratungsstellen stehen jeden Tag vor massiven neuen Problemen, aber was ich viel entscheidender finde, ist es, Stellen einzurichten, die gegen die Arbeitsausbeutung dieser Menschen agieren und beraten. Vorhin wurde der Arbeiterstrich erwähnt, wenn ich dort die Stundenlöhne sehe, die man noch nicht einmal im Jobcenter anrechnen lassen kann, dann wird mir als Mitteleuropäer schon richtig mau im Magen.

Als Letztes würde ich gern den Fokus auf die Risikogruppe - das ist ein unpassendes Wort für Menschen, aber ich benutze es jetzt trotzdem - der Ü65-Jährigen legen. In dieser Gruppe stellen wir immer mehr Tendenzen zur Verarmung fest. Viele Migranten haben erstens nicht die lange Einzahlungszeit in die Rentenkassen, viele Rentenbeiträge, die in ihrer Heimat eventuell gezahlt werden, können gar nicht oder werden nur minimal angerechnet, und, was noch hinzukommt, Herr Luft sagte das ja schon, sie haben oftmals Tätigkeiten ausgeübt, bei denen es nicht viel in die Rentenversicherung einzuzahlen gab. Diesbezüglich sollte man darauf achten, was sich in den Stadtteilen entwickelt und dementsprechende Beratungsstellen und Projekte entwickeln.

Eines muss klar sein, und das ist mein letzter Satz, wer ein Hähnchen grillen möchte, der benötigt Kohle, ganz eindeutig. Das heißt, viele Maßnahmen gegen Armut können keine Low-Budget-Versionen werden. Sie müssen politisch Geld in die Hand nehmen, und es wurde häufig gefragt, wo das Geld herkommt, in dem Fall bin ich ganz glücklich, kein Bürgerschaftsabgeordneter zu sein, ich möchte auch nicht in der Verwaltung arbeiten. Das ist erst einmal nicht meine Baustelle, aber es ist notwendig, dass Sie viel Geld in die Hand nehmen, denn Prävention in Armut ist Zukunftsinvestition. Kein Unternehmer investiert in das Heute und Jetzt, sondern er investiert immer in die Zukunft. So unternehmerisch müssen wir auch in der Armutsprävention und der Bekämpfung von Armut sein.

Das war jetzt auch wirklich mit Tempo vorgetragen, es hat genau neun Minuten gedauert!

Abg. Dr. vom Bruch: Ganz herzlichen Dank für Ihren Beitrag! Ich kann Sie auch uneingeschränkt entlasten, Sie haben von einer halben Stunde Verzug gesprochen, diese halbe Stunde haben alle möglichen zu verantworten, aber Sie natürlich nicht. Insofern, ganz herzlichen Dank für Ihren Beitrag und auch dafür, dass Sie sicher an der ein oder anderen Stelle eine pointierte Forderung gestellt haben, die Sie dann mit dem Nebensatz verbunden haben, dass die Finanzierung ja glücklicherweise nicht Ihre Baustelle ist. Wir müssen immer zur Kenntnis nehmen, dass die Finanzierung natürlich eine Baustelle ist, aber das ist sicherlich eine eigenständige Diskussion.

Ich darf trotzdem die Fragerunde eröffnen und in die Runde schauen, wer das Wort wünscht. - Frau Kollegin Vogt, Frau Dr. Mohammadzadeh, mehr sehe ich im Moment nicht, dann haben Sie in dieser Reihenfolge das Wort!

Abg. Frau Vogt: Ich beschränke mich auf die Beratungsstelle für Zuwanderer aus Osteuropa, ansonsten haben Sie dieselben Forderungen erhoben, die wir auch stellen oder erarbeiten. Ich sehe auch die Notwendigkeit und würde Sie fragen, wie Sie so eine Beratungsstelle aufbauen würden? Das eine ist ja die Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt Dazu sind diejenigen, die jetzt aus den EU-Ländern aus Südosteuropa kommen, hier ja erst einmal nicht sozialleistungsberechtigt sind, es sei denn, Sie haben eine Zeit lang gearbeitet oder einen Job und können aufstocken, das führt ja zu diesem enormen Druck für die wirklich niedrigsten Löhne zu arbeiten, sodass sich einem der Magen umdreht.

Die zweite Frage ist, dass die Betroffenen ja auch Familie haben, und die Frage der Gesundheitsversorgung, wie stellen Sie sich das im Praktischen vor? Ich teile Ihre Forderungen, aber mir fällt in der Praxis noch nicht so richtig ein, wie man das installieren könnte, weil im Moment sehr unterschiedliche, kleinere Initiativen und Gruppen an der ein oder anderen Sachen dran sind, aber oft eben nicht ordentlich durch Ressorts unterstützt werden, oder wenn es zwei, drei Ressorts gibt, gibt es keine Zusammenarbeit, wenn Sie diesbezüglich eine gute Idee hätten, wäre ich ganz dankbar.

Abg. Dr. vom Bruch: Herzlichen Dank! Ich denke die Wortmeldung von Frau Dr. Mohammadzadeh gestatten wir noch darüber hinaus.

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh: Vielen Dank Herr Vorsitzender! Ich bedanke mich für die vielen Vorschläge, die Sie gemacht haben, ich finde, die letzten zwei Vorträge haben viele Vorschläge beziehungsweise Beispiele gezeigt, dass es geht, dass es möglich ist im unterschiedlichen Sinne. Ich finde, dass Sie am Ende die Problematik der Orientierung erwähnt haben, ist ein entscheidender Aspekt, der zuvor nicht erwähnt wurde, denn Menschen, die in einem Stadtteil oder irgendwo anders ankommen, benötigen Informationen und Beratung, die Orientierung geben. In diesem Zusammenhang haben Sie die Migrationsdienste angesprochen. Sie haben von mehr Beratung gesprochen, wir haben ja eine sehr gute Landschaft bezüglich der Beratungsstellen der Migrationsdienste. Meinen Sie, dass sich diese Bereiche auf neue Zielgruppen einstellen sollen, dass man praktisch das Vorhandende durch verschiedene Zielgruppen der Beratung mehr integriert oder sollen neue Beratungsstellen geschaffen werden? Das habe ich nicht verstanden, denn nach meiner Auffassung haben wir sehr gute Angebote. Ich könnte aber nachvollziehen, dass es wenige sind und es mehr Stunden geben sollte.

Abg. Dr. vom Bruch: Herzlichen Dank! Ich würde Ihnen unmittelbar das Wort geben, damit Sie darauf antworten können!

Herr Bagarkasi: Wenn Sie gestatten, würde ich die Fragen von hinten anfangen zu beantworten.

Ja, ich meine mehr Stunden und eine größere Loslösung. Die Migrationsberatungsstellen haben ziemlich klare Beratungsstrukturen und -inhalte, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorgegeben sind. So darf das Case-Management keine Flüchtlinge beraten und so weiter, und dann kommt hinzu, dass viele Beratungsstellen finanziell nicht abgesichert sind und sich jedes Jahr überlegen müssen, ob sie den Eigenanteil schaffen oder nicht. Wir sind bei einem Eigenanteil von mittlerweile 56 Prozent, da überlegt man, weiterzumachen oder nicht, aber dank der Stadtteilhilfe schaffen wir es immer wieder.

Es gibt Stadtteile, die sind in der Beratung völliges Ausland, ich sage einmal Mahndorf, Arbergen, Hemelingen und so weiter, dort haben wir sehr viele Südosteuropäer, und Menschen, vor allem Neuzuwanderer haben es schwer, aus dem Stadtteil heraus zu einer Beratungsstelle zu gehen, und dann dort Vertrauen aufzubauen. Ich denke ja ohnehin, dass

die besten Beratungsgespräche beim Rauchen vor der Haustür stattfinden. Das ist eine ganz andere Begegnung, als wenn man zu mir kommt.

Frau Vogt, zu Ihren Fragen: das mit der Krankenversicherung kann ich nicht lösen, das muss in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen gelöst werden, denn die haben ihre Vorgaben. Ich kann nur sagen, dass ich viele Bulgaren in der Beratungsstelle habe, die kein SGB-II beantragen, obwohl sie einen Anspruch hätten, und damit in einer Krankenversicherung wären, weil sie Angst davor haben, -sie sind ja oftmals Kleinselbstständige- nach einem halben Jahr könnte sich herausstellen, dass das Jobcenter Geld zurückfordert, und sie haben Angst davor, nachdem sie zwei, drei Jahre selbstständig gearbeitet haben, auf einmal ganz viel an Sozialversicherungsbeiträgen an die Krankenkasse nachzahlen zu müssen. Hier würde ich eine Beratungsstelle aufbauen, da würde ich natürlich erst einmal in den Stadtteilen sehen, wie das Netz ansonsten vorhanden ist, ich würde sie sehr niedrigschwellig aufbauen, wenn möglich multinational und -sprachlich, gern türkisch und bulgarisch, wenn es das gibt, und deutsch. Ich glaube, das wäre eine Möglichkeit, wie man die Menschen erreichen kann. Außerdem muss es natürlich auch Beratungsstellen geben, die hinausgehen, die nicht nur warten, ob jemand kommt, aber Hinausgehen kostet halt Geld.

Abg. Dr. vom Bruch: Herzlichen Dank! Wenn es jetzt keine weiteren Wortmeldungen gibt, bleibt mir nur noch einmal zu wiederholen, was ich zwischenzeitig schon zum Ausdruck gebracht habe, nun an alle vier Gäste heute mit Referentenstatus: Ganz herzlichen Dank für Ihre außerordentlich interessanten Anmerkungen, Bemerkungen, Informationen, ich fand auch heute wieder, dass der Mix unterschiedlicher Perspektiven hier ganz hervorragend gelungen ist und darf mich in diesem Zusammenhang dankend an die Fraktionen wenden, von denen sozusagen die unterschiedlichen Anregungen gekommen sind. Ich finde, das ist jedenfalls mein subjektiver Eindruck, dass das wieder hervorragend funktioniert hat. Ich habe ungeheuer viel gelernt, so viel, dass ich an der einen oder anderen Stelle das Gefühl habe, dass wir das vielleicht auch noch einmal systematisch nachbereiten müssen, und das wird dann ja auch eine unserer zukünftigen Arbeiten sein.

Dann verbleibt mir nur noch, Ihnen noch einmal ganz herzlich zu danken für die Zeit, die Sie hier für uns investiert haben und die Raucher für die lange Zeit, die sie durchgehalten haben. - Herzlichen Dank!

Ich darf ganz kurz der Geschäftsordnung gemäß den Tagesordnungspunkt Verschiedenes aufrufen und fragen, ob es dazu noch Punkte gibt? Ich schlage vor, dass wir gleich im Kreise der Sprecher noch einmal ganz kurz zusammenkommen und vielleicht noch zwei, drei Punkte hier ansprechen, die wir aber jetzt im ganz großen Kreis nicht ansprechen müssen, damit wir hier nicht alle weiter aufhalten. Wenn Sie mit dem Vorschlag einverstanden sind, würde die Terminfrage dazu gehören - ich sehe keinen Widerspruch -, dann würde ich Frau Vogt, Herrn Dr. Güldner und Herrn Möhle bitten, gemeinsam mit Herrn Weiß noch einen Moment hierzubleiben. Allen anderen darf ich noch einmal für das Kommen danken! Die Sommerzeit, die Urlaubszeit nähert sich unaufhaltsam, wenn es denn dann soweit ist, darf ich Ihnen eine schöne Sommerzeit und einen schönen Urlaub wünschen, viele von Ihnen sehe ich nach der Sommerpause wieder. - Herzlichen Dank!

(Beifall)

(Ende der Sitzung 17.50 Uhr)



Dr. vom Bruch